

März 2025

Herausforderungen für die neue Regierung | Stimmen aus Europa | Klimakrise und Demokratie | Strukturwandel der deutschen Industrie | 936 »Räume für Demokratie« | Wählen mit Doppelpass | Bericht eines Wahlhelfers



Nach der Wahl

GRENZEN

16.– 25.10.2025
Leipzig



POLITIK
12. FESTIVAL
IM FREIEN
THEATER

www.politikimfreientheater.de

VERANSTALTET VON:



LOFFT
DAS THEATER



Schauspiel
Leipzig



GEFÖRDERT DURCH:



Stadt Leipzig
Kulturamt



Das 12. Festival Politik im Freien Theater wird gefördert durch die Stadt Leipzig und durch das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus. Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Liebe Leserinnen und Leser,

wir leben in turbulenten Zeiten, die welt- und innenpolitischen Ereignisse überschlagen sich: US-Präsident Donald Trump sorgt beinahe täglich mit Äußerungen und Entscheidungen von internationaler Bedeutung für Aufsehen. Zugleich blickt ganz Europa darauf, wie sich die neue Regierungskoalition hierzulande formiert. Die Herausforderungen sind groß – von der Aufrüstung der Bundeswehr über die Wahrung des sozialen Zusammenhalts, die angespannte Situation in Industrie und Wirtschaft bis zur Bewältigung der sich zuspitzenden Klimakrise.

Wir nehmen das zum Anlass, in diesem Heft die vergangene Bundestagswahl und die Ausgangslage der neuen Bundesregierung aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten. Zu Beginn finden Sie eine Nachlese der Wahl in Form von Infografiken und eines Interviews mit der Politikwissenschaftlerin Julia Reuschenbach. Ein Wahlhelfer berichtet über seine Erfahrungen ebenso wie ein junger Mensch, der erst seit Kurzem die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt und zum ersten Mal wählen durfte. Auch richten wir den Blick auf die Reaktionen unserer europäischen Nachbarn: Wie wurde dort auf die Bundestagswahl geschaut?

Im Fokus dieser Ausgabe stehen außerdem Menschen, die sich mit Initiativen und kreativen Aktionen an unserer Kampagne »Räume für Demokratie« beteiligt haben. Deutschlandweit wurden vor der Bundestagswahl an rund 1.000 Orten Räume für ein demokratisches Miteinander eingerichtet. Das gibt viel Hoffnung für die Zukunft. Die Vielfalt dieser Orte – von der Arztpraxis bis zum Yogastudio, von der Bibliothek bis zum Friseursalon – hat eindrucksvoll bewiesen, wie wertvoll und facettenreich demokratischer Austausch ist.

Für mich ist diese Ausgabe des bpb:magazins die letzte, die ich verantwortete und begleite, denn im Sommer endet meine Zeit als Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung. Ich werde dann auf »Ihre Seite« wechseln – darauf freue ich mich schon.



Ihr

Thomas Krüger, Präsident der bpb

#27

März 2025

Bundestagswahl 2025 Zahlen und Fakten	04
»Jüngere haben die gleichen Sorgen wie Ältere« Politikwissenschaftlerin Julia Reuschenbach im Interview	06
Deutschland nach der Wahl Pressekommentare aus Europa	12
Bedrohung der Freiheit Essay über Klimakrise und Demokratie	16
Klimaschutz in Deutschland Fotostrecke zur Transformation	20
Der Weg zur neuen Regierung Poster zum Herausnehmen	26
Was bleibt von Deutschlands Industrie übrig? Herausforderungen für die Politik	28
»Den deutschen Pass gibt es wirklich nicht geschenkt« Die erste Wahl für Doppelstaatler Ferhat	30
936 »Räume für Demokratie« Rückblick auf die bpb-Kampagne zur Wahl	34
Im Einsatz für die Demokratie Bericht eines Wahlhelfers	40
Serviceteil	
Veranstaltungen	42
Online-Angebote	44
Publikationen	46
Schreiben Sie uns / Impressum	50

Zahlen und Fakten zur Bundestagswahl 2025

DIE WÄHLERINNEN UND WÄHLER

Wahlbeteiligung

82,5%

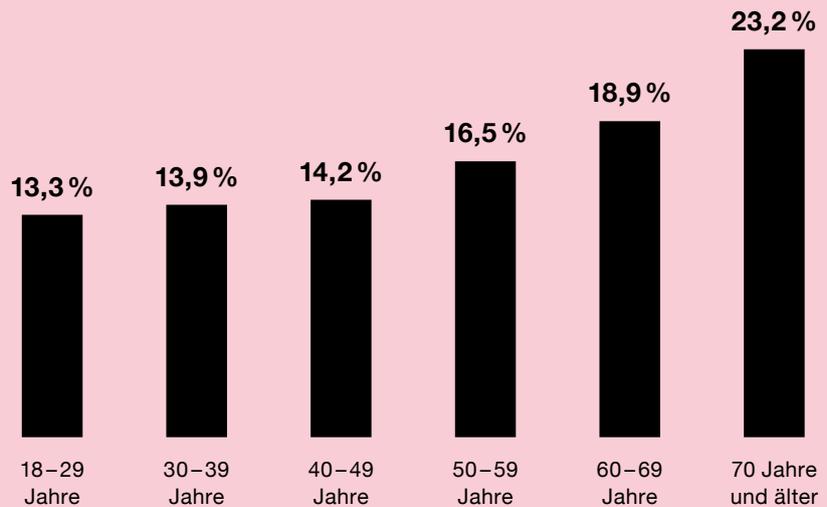
der 60,5 Millionen Wahlberechtigten haben ihre Stimme abgegeben.¹

Briefwahl

37,0%

der Wählerinnen und Wähler haben per Briefwahl abgestimmt.³

Altersverteilung der Wahlberechtigten²



Erstwählerinnen und Erstwähler

2,3 Millionen

Menschen waren zum ersten Mal wahlberechtigt. Das entspricht **3,9 Prozent** aller Wahlberechtigten.⁴

Quellen:

1 – Die Bundeswahlleiterin | 2 – Statistisches Bundesamt (Destatis) 2025 | 3 – Die Bundeswahlleiterin | 4 – Statistisches Bundesamt (Destatis) 2025
5 und 6 – Kürschners Volkshandbuch | 7 – mediendienst-integration.de/artikel/73-Abgeordnete-mit-migrationshintergrund.html

ZUSAMMENSETZUNG DES NEUEN BUNDESTAGES

Anzahl der Sitze

630
Abgeordnete

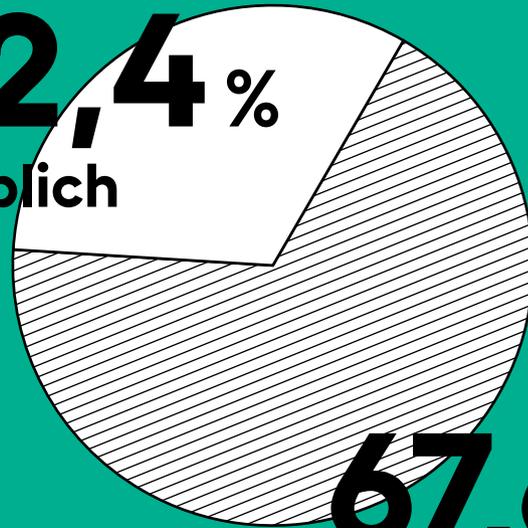
gehören dem neuen Bundestag an.

Aufgrund der Wahlrechtsreform im Jahr 2023 wurde der Bundestag stark verkleinert.

In der letzten Legislaturperiode waren es **733 Abgeordnete**.

Geschlecht der Abgeordneten⁵

32,4%
weiblich



67,6%
männlich

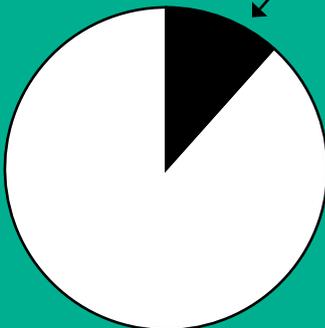
Migrationshintergrund

Mindestens

73
Abgeordnete

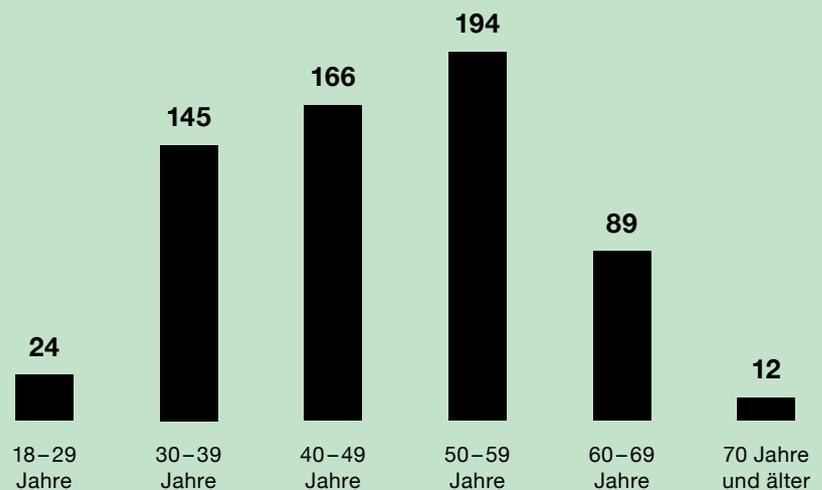
haben einen Migrationshintergrund.

Das entspricht einem Anteil von **11,6 Prozent**.⁷



Alter* der gewählten Abgeordneten⁶

* Alter, das 2025 erreicht wird



Zahlen und Fakten: Bundestagswahlen

Detaillierte Ergebnisse zu den Bundestagswahlen von 2002 bis 2021 unter:
bpb.de/zahlen-und-fakten/bundestagswahlen

»»Jüngere haben die gleichen Sorgen wie Ältere««



Dr. Julia Reuschenbach ist Politikwissenschaftlerin an der Freien Universität Berlin mit dem Schwerpunkt Parteien- und Wahlforschung.

Im Februar wurde in Deutschland ein neuer Bundestag gewählt. Die Politikwissenschaftlerin Julia Reuschenbach über wichtige Themen für junge Wählerinnen und Wähler, die Notwendigkeit von Kompromissen in der Politik und die polarisierte Debatte um Migration.

→ Text Jeannette Goddar → Foto Jordis Antonia Schlösser



Frau Reuschenbach, über schlechte Nachrichten wird stets viel gesprochen. Welche guten Nachrichten verknüpfen Sie mit der zurückliegenden Bundestagswahl? *Julia Reuschenbach:* Die hohe Wahlbeteiligung ist tatsächlich ein positives Signal. Wenn mehr als 80 Prozent ihre Stimme abgeben, setzt das ein deutliches Zeichen gegen die oft beschworene Politikverdrossenheit. Und es zeigt: Wenn es darauf ankommt, engagieren sich die Menschen. Eine zweite gute Nachricht ist: Weit über die Hälfte der Wählerinnen und Wähler hat Parteien in der demokratischen Mitte gewählt, bei leicht sinkender Tendenz. Im internationalen Vergleich ist das Parteiensystem in Deutschland immer noch stabil.

Die künftigen Generationen jedoch bewegen sich weg von der Mitte: Bei den 18- bis 24-Jährigen liegen Die Linke mit 25 und die AfD mit 21 Prozent der Stimmen klar vorn. Noch vor vier Jahren waren die Grünen in dieser Altersgruppe auf Platz 1, die FDP auf Platz 2. Was ist da passiert? Junge Wählerinnen und Wähler machen im Grunde das, was man von ihnen erwartet. Sie sind noch nicht so gefestigt in ihren Positionen, erst recht nicht in ihrer Parteibindung. Also wählen sie situativer, folgen schneller dem Gedanken »Okay, das probiere ich mal aus.« Eine einzelne Rede, ein einzelner Auftritt kann bei ihnen viel mehr bewegen als bei Älteren. Das Gleiche gilt für gelungene Social-Media-Strategien. Davon haben sicher Die Linke wie die AfD profitiert.

Bedeutet das: Inhalte stehen bei jungen Menschen nicht im Vordergrund? Doch, da ist die Wahlforschung eindeutig: Junge Menschen wählen sogar stärker themenbezogen als Ältere. Das überdurchschnittlich gute Abschneiden der Grünen bei der Bundestagswahl 2017 und der Europawahl 2019, als das Thema Klimaschutz zentral war, ist dafür ein gutes Beispiel. Bis 2017 standen übrigens auch bei den jungen Wählerinnen und Wählern immer SPD oder CDU/CSU an erster Stelle. Die Erosion der Zustimmung von Jüngeren ist etwas, was diesen Parteien dringend zu denken geben sollte.

Zumal jede fünfte Stimme an die AfD ging ... Dennoch ist die Annahme »Die Jugend wählt rechts«, die sich nicht erst seit der Bundestagswahl in zahlreichen Schlagzeilen widerspiegelt, falsch. Erstens sprechen wir, wie Sie gesagt haben, von 21 Prozent. Zweitens gibt es große geschlechtsspezifische Unterschiede: Junge Frauen wählen eher links, junge Männer eher rechts.

»Es braucht einen Mentalitätswandel, durch den es Politikerinnen und Politiker okay finden, anderen Parteien etwas zu gönnen.«

Können Sie dies erklären? Jungen Frauen sind die Themen Antifaschismus und Klimaschutz sehr wichtig, das sehen wir auch in Studien. Bei jungen Männern kommt eine Mischung aus Männlichkeitsvorstellungen, Statusängsten und einem Gefühl des Abgehängtseins zum Tragen. All das wird von der AfD sehr geschickt bespielt. Die TikTok-Auftritte eines Maximilian Krahe, der jungen Männern erklärt, wie es mit den Frauen klappt, sind da nur ein illustres Beispiel. Dass diese Ansprache vor allem in Ostdeutschland verfährt, liegt daran, dass es dort mehr abgehängte Regionen gibt, in denen mehr Männer leben, weil die oft besser ausgebildeten Frauen die Chance zur Abwanderung genutzt haben. Meines Erachtens sollte sich nicht nur die Politik, sondern auch die politische Bildung verstärkt fragen, welche Angebote sie jungen Männern machen kann.

Was bedeutet die angesprochene Erosion der Zustimmung unter jungen Wählerinnen und Wählern für die demokratischen Parteien, allen voran die künftigen Regierungsparteien?

Vor allem sollten sie nicht aus einer vermeintlichen Ausichtslosigkeit heraus aufhören, Jüngere überhaupt anzusprechen. Die noch ungefestigten jungen Wähler von heute sind die gefestigten älteren Wähler von morgen. Adressiert man sie nicht adäquat, so besteht die Gefahr, dass sie sich langfristig an Parteien an den politischen Rändern binden.

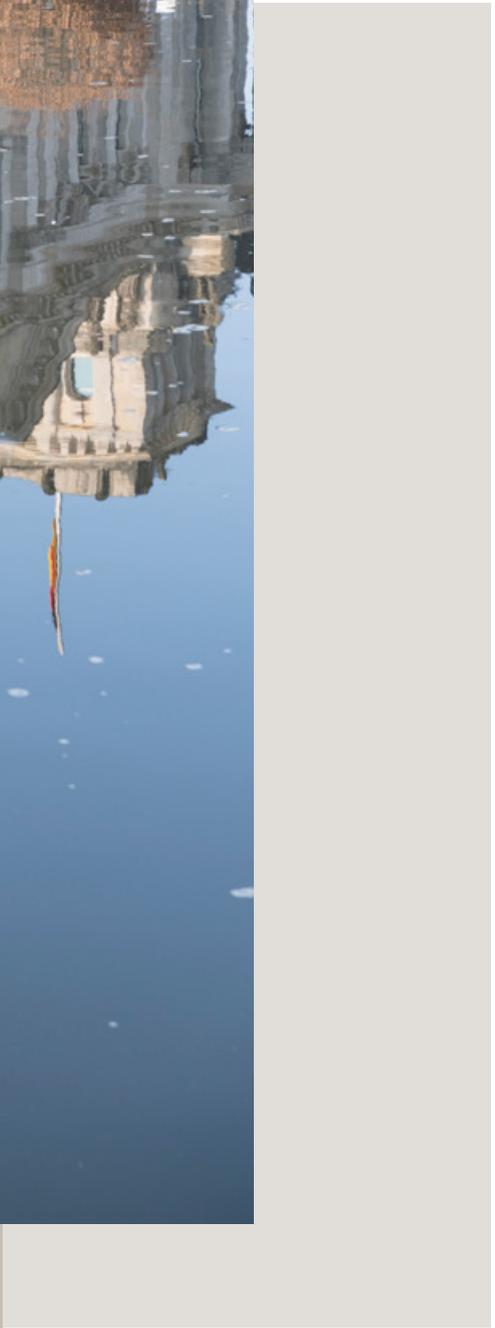




Welche Themen sollten vor allem angegangen werden, um Jüngere zurückzugewinnen? Eine BAföG-Reform, ein dauerhaftes Deutschlandticket, ein Ausbau von Programmen wie »Junges Wohnen«? Das mag jetzt etwas kühn klingen. Aber ich glaube, *die* Themen von jungen Leuten gibt es nicht. Junge Menschen haben Angst vor Krieg, sie sorgen sich ums Klima, vor überteuertem Wohnraum, vor Altersarmut, vor Arbeitsplatzverlust. Das lässt sich aus Studien herauslesen. Jüngere haben also genau die gleichen Sorgen wie Ältere. Die Antwort liegt in generationenübergreifenden Lösungen, die sich alle wünschen: etwa bezahlbare Mobilität, Energieversorgung und günstiger Wohnraum.

Ebenfalls generationenübergreifend steckt uns allen eine Legislatur in den Knochen, in der oft keine der Ampel-Parteien von ihrer Position abrücken wollte und ein gemeinsames Regieren unmöglich wurde. Braucht es nicht weniger rote Linien, mehr Fähigkeit zum Kompromiss? Unbedingt! Kompromisse sollten nicht als Prinzipienverrat angesehen werden – sondern als Ergebnis eines Prozesses, in dem alle Beteiligten erkennen: »Das und das werden wir zwar nicht erreichen, aber dafür entsteht aus zwei Positionen, die nicht wie ursprünglich bestehen bleiben, etwas Gutes, Neues, Drittes.« Dorthin zu kommen ist aber nicht einfach. Denn dazu gehört ein Mentalitätswandel, durch den es Politikerinnen und Politiker okay finden, anderen Parteien etwas zu gönnen. Bislang gehört das nicht gerade zu ihren Kernkompetenzen. Wie wichtig es wäre, erkennen Sie indes schon an den vielen offenen Fragen, in denen Union und SPD weit auseinanderliegen. Ein Worst-Case-Szenario wäre eine neue Koalition, die nächstes Jahr dort ist, wo die Ampel letztes Jahr war.

Ist das nicht dadurch unwahrscheinlicher geworden, dass die – mutmaßlich – künftige Regierungskoalition angesichts der aktuellen außenpolitischen Herausforderungen zum Erfolg verdammt ist und schon in den Sondierungsgesprächen weitreichende Entscheidungen getroffen hat: ein Infrastruktur-Sondervermögen von 500 Milliarden Euro und die Abschaffung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben? In der Tat, die Herausforderungen für die mögliche neue Regierung sind riesig. Die erste Bewährungsprobe besteht nun darin, ob es den zukünftigen Koalitionspartnern gelingt, parteiübergreifend die Mehrheiten für diese großen Vorhaben zu organisieren. Genau darin könnte sich die gemeinsame Suche nach guten und konstruktiven Kompromissen unter Beweis stellen. Sollte dies nicht gelingen, wäre die neue Koalition allerdings noch vor ihrem Amtsantritt schwer beschädigt.



Zugleich finden alle Auseinandersetzungen in Regierung wie Parlament vor der Folie eines möglichen Einreißens der »Brandmauer« zur AfD statt. Das gilt erst recht, seit die Unionsfraktion und die FDP im Februar mit den Stimmen der AfD einen Fünf-Punkte-Plan zur Verschärfung der Asyl- und Migrationspolitik verabschiedet haben. Hat das Schaden angerichtet?

Das lässt sich am Wahlergebnis ablesen. Hätten CDU/CSU und FDP sich in ihren Positionen zur Zuwanderung nicht so weit der AfD angenähert, säße diese mit weniger Abgeordneten im neuen Bundestag. Das gibt ein Blick auf die Wählerwanderungen eindeutig her. Auch international ist sich die Wahl- und Parteienforschung zunehmend einig: Parteien, die sich von Rechtspopulisten vor sich hertreiben lassen – und das hat die Union mit ihrem Manöver getan –, schwächt diese nicht, sondern stärkt sie. Warum, ist im Grunde leicht zu erklären: Wo CDU und CSU an demokratische Grenzen stoßen, kann die AfD immer noch eins draufsetzen. Man kann sie nicht rechts überholen. Wichtiger, als sich den Themen anderer Parteien anzudienen, wären gute eigene Angebote – und diese dann zu verteidigen.

Wie erklären Sie, dass mit Zuwanderung verknüpfte Themen so stark polarisieren – im Grunde seit Jahrzehnten? Sie machen es nicht nur politischen Parteien leicht, mit dem Narrativ »Wir gegen die« zu arbeiten, weil sie stark an gefühlte Ungerechtigkeiten anknüpfen. Dafür gibt es im Kern zwei Gründe: Der eine ist die Sorge, »die« Zuwanderer würden den Arbeits- oder Wohnungsmarkt belasten – sodass es für »uns« nun noch schwieriger wird, zu unserem Recht zu kommen. Und zweitens fürchten viele Menschen, Zugewanderte brächten kulturelle Veränderungen mit, gegen die »wir« uns nicht wehren könnten; hier fällt oft der Begriff »Überfremdung«. Zusammengenommen entstehen diese Ängste aus einem Bedürfnis nach Sicherheit und Stabilität sowie aus der Befürchtung, für das Neue nicht gewappnet zu sein. Und sie sind tief verwurzelt und menschlich. Sie einfach als verwerflich abzutun, wäre ein Fehler.

Einem Teil der Ängste ließe sich mit einer Arbeitsmarkt-, Wohnraum- und Sozialpolitik beikommen, die dafür sorgt, dass die Verteilungskämpfe nicht so extrem sind, wie wir sie zurzeit erleben. Aber wie begegnet man der Sorge vor »Überfremdung«? Indem man Erfahrungsräume schafft, in denen Menschen unterschiedlicher Herkunft aufeinandertreffen; und zwar so, dass sie sich kennenlernen. Integration findet nur statt, wenn Menschen sich begegnen. Ein zentraler Ort ist der Arbeitsplatz. Gewerkschaften und Arbeitgeber wissen seit Jahrzehnten, wie wirksam Fremdenfeindlichkeit und Rassismus abgebaut werden, wenn Beschäftigte gemeinsam Aufgaben erledigen. Dazu gehört jedoch auch, Menschen, die nach Deutschland kommen, schnell in Arbeit zu bringen.

Nun ist es aber doch nicht so, dass es in Deutschland keine Räume der Begegnung gibt, bei 24,9 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, darunter je die Hälfte mit und ohne deutschen Pass... Sie sind aber regional höchst unterschiedlich verteilt. Und was wir an den Wahlergebnissen, nicht nur bei den Bundestagswahlen, sondern auch in den Ländern, klar sehen, ist doch: Die AfD ist vor allem dort stark, wo kaum Menschen mit Migrationshintergrund leben, und nicht, wo es seit Jahrzehnten gemeinsame Erfahrungen gibt. Die Ängste entstehen dort, wo das Leben mit Zuwanderern nicht erprobt ist. Und dabei, es zu erproben, ist in den zurückliegenden Jahren meines Erachtens einiges schiefgelaufen.

Was meinen Sie damit? Wenn zum Beispiel in einem Ort, in dem bisher sehr wenige Zugewanderte leben, plötzlich Hunderte Geflüchtete untergebracht werden, erscheint die Reaktion »Das ist zu viel« nicht sehr überraschend. Im Grunde ist das, als würde man leise Musik hören – und dann kommt jemand und dreht die Musikanlage voll auf. »Macht das leiser!«, würde jeder sofort rufen – aber nicht, weil ihm oder ihr die Musik nicht gefällt, sondern weil sie plötzlich so laut ist.

Zugleich gehen Expertinnen und Experten davon aus, dass es deutschlandweit jedes Jahr 400.000 – 500.000 Menschen, die zuwandern, schon deswegen braucht, um den Arbeitskräftebedarf zu decken. Auch deshalb haben die Debatten der zurückliegenden Monate etwas Tragisches. Anstatt zu erörtern, wie wir Fachkräfte anwerben und Beschäftigungshemmnisse abbauen können, wird Zuwanderung oft ausschließlich entlang eines vermeintlich kausalen Zusammenhangs mit Kriminalität diskutiert. Man kann nur hoffen, dass es der Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode gelingt, gegenzusteuern – aber auch Wissenschaft und politische Bildung sind gefordert.

APuZ-Podcast zur Bundestagswahl

Viel Hintergrundwissen, kompakt in 30 Minuten – das ist der Podcast »Aus Politik und Zeitgeschichte«. In jeder Folge geht es um ein komplexes Thema: wissenschaftlich fundiert, kontrovers und überraschend. In der aktuellen Folge spricht Moderatorin Sarah Zerback mit den Politikwissenschaftlern Frank Decker und Philip Manow über den neu gewählten Bundestag.
bpb.de/apuz-podcast

Deutschland nach der Wahl:

Was denkt Europa?

Unsere euro|topics-Korrespondentinnen und -Korrespondenten erklären, wie man bei ihnen vor Ort auf die Bundestagswahl schaut.

Tschechien

Kritische Blicke auf »Brandmauer« und Grenzkontrollen

→ Text Hans-Jörg Schmidt, euro|topics-Korrespondent für Tschechien und die Slowakei

Noch nie zuvor hat Ostmitteleuropa eine Bundestagswahl in Deutschland so aufmerksam verfolgt. Das gilt insbesondere für Tschechien, dessen Wirtschaft eng mit dem Nachbarland verflochten ist. Präsident Petr Pavel hatte am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz, unmittelbar vor Wahl, CDU-Chef Friedrich Merz einen Wunschkatalog vorgelegt: Deutschland möge die Wirtschaft voranbringen, den Green Deal überdenken und in Europa wieder eine Führungsrolle einnehmen. Ein Tenor, den man auch in den Kommentarspalten finden konnte. So schrieb das Onlineportal *Seznam Zprávy*: »In Zeiten einer transatlantischen Spaltung, eskalierender geopolitischer Spannungen, der Erschöpfung des bestehenden Wirtschaftsmodells und einer Umweltkrise braucht Deutschland eine

Führungspersönlichkeit, die derart gewaltige Herausforderungen meistern kann.« ČT24, der Nachrichtenkanal des öffentlich-rechtlichen tschechischen Fernsehens, widmete dem Wahltag dann einen riesigen Aufwand – mit gleich drei Korrespondenten in Berlin, laufenden Schaltungen in die Deutsche Botschaft Prag und Scharen von Experten im Sendezentrum.

Die Reaktionen auf die Hochrechnungen schwankten zwischen Zufriedenheit und Sorgen. Auch bei den Politikern. Der tschechische Premier Petr Fiala drängte Berlin auf die Lösung des Migrationsproblems, bei anderen Politikern war durchaus Verunsicherung hörbar, etwa im Hinblick darauf, was eine mögliche massenhafte Zurückweisung von

Litauen

Stabile Verhältnisse in Berlin gelten für Vilnius als Sicherheitsgarantie

→ Text **Susanne Šemelė**, euro|topics-Korrespondentin für Litauen

In Litauen wurde die Bundestagswahl nicht nur allgemein als richtungweisend für Europa angesehen. Die künftigen Entscheidungen aus Berlin gelten in Vilnius auch ganz konkret im Hinblick auf die eigene Sicherheit als bedeutsam – zumal die Bundeswehr in diesem Jahr mit der Truppenverlegung für die Aufstellung einer Brigade in Litauen beginnen soll. Das Onlineportal *15min* kommentierte vor der Wahl: »Für Litauen ist diese Wahl besonders relevant, da es sowohl auf eine verstärkte deutsche Militärhilfe für die Ukraine als auch auf eine reibungslose Stationierung der deutschen Brigade in Litauen hofft.« Entsprechend erleichtert äußerte sich der Vorsitzende des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsausschusses, Giedrimas Jeglinskas, hinsichtlich der Perspektive einer möglichen großen Koalition, so zitierte ihn *LRT*, das Onlineportal des öffentlich-rechtlichen litauischen Rundfunks: »Die Haltung der CDU und der SPD bezüglich der Stationierung der deutschen Brigade ist ähnlich entschlossen. Das sind gute Nachrichten.«

Mit Sorge hingegen nahmen die litauischen Medien den hohen Stimmenanteil von Jungwählerinnen und -wählern für Parteien am linken und rechten Rand des politischen Spektrums auf. Das Debattenportal *Politika* sieht darin »ein deutliches Zeichen wachsender Enttäuschung über die traditionellen politischen Kräfte«. Und *LRT* warnt: »Junge Menschen, die für die radikale Rechte stimmen, glauben offenbar, dass der Zusammenbruch der Demokratie nicht möglich ist. Eine solche kollektive politische Vergesslichkeit ist gefährlich.«

Im Blick auf die wirtschaftlichen Entwicklungen prognostiziert *15min*: »Für Deutschland und die EU wird entscheidend sein, welche finanziellen Mittel die neue Regierung mobilisieren kann, um stärker in Verteidigung, Infrastruktur und andere lange vernachlässigte Bereiche zu investieren.« Denn »ein schwaches Deutschland kann sich niemand leisten«, so *Politika*. Auch hinsichtlich der Reaktion der EU auf die außenpolitische Wende von US-Präsident Donald Trump sehen litauische Medien Deutschland in einer Schlüsselrolle. Das Wirtschaftsmagazin *IQ* etwa kommentiert: »Vom Streit mit Dänemark um Grönland bis zu höheren Zöllen auf EU-Importe – Deutschland, das wirtschaftlich ohnehin angeschlagen ist, dürfte dies am härtesten treffen«, und es stellt die Frage: »Werden die EU-Länder angesichts von Trumps Wut geeint bleiben?« Wichtig sei daher jetzt, so das Nachrichtenportal *Delfi*, »dass Deutschland wieder die Führungsrolle übernimmt«.

Flüchtlings an der deutschen Grenze bedeuten würde. Befürchtungen, die man auch in der Slowakei teilte.

In Prager Zeitungen gab es wiederholt Kommentare über den Umgang mit der AfD. Die tschechische Tageszeitung *Lidové noviny* etwa äußerte Unverständnis über deren Ausgrenzung und die »Brandmauer«. Wenn die AfD tatsächlich so schlimm sei, sollte man sie verbieten. »Andernfalls könnte der Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen und politischen Mehrheit in Deutschland gefährliche Folgen haben.« Ähnliches konnte man im Onlineportal *Echo24* lesen, und *Novinky.cz* meinte: »In Deutschland ist das aufgrund der Geschichte ein besonders heißes Thema. Die Gefahr des Neozitismus kann nicht ignoriert werden.«

Italien

In Rom freut man sich über den Rechtsruck

→ Text Eva Clausen, euro|topics-Korrespondentin für Italien

Deutschland und Frankreich sind für Italien die wichtigsten Ansprechpartner innerhalb der EU. Doch das Verhältnis ist nicht ungetrübt, vor allem seit Giorgia Meloni Regierungschefin ist. Nach ihrem Wahlsieg 2022 rümpfte man in Paris und Berlin die Nase ob der postfaschistischen Aura, die Meloni und ihre Partei Fratelli d'Italia umgab. Die aus drei Parteien bestehende Mitte-Rechts-Koalition hoffte daher auch auf einen Rechtsruck bei der Bundestagswahl – allerdings nicht in gleichem Maße. Den Erfolg der AfD wünschte sich der Junior-Koalitionspartner Matteo Salvini von der rechtsextremistischen Lega, während Meloni selbst und ihr Vizepremier Antonio Tajani von Forza Italia auf eine Stärkung der Konservativen setzten. In Bezug auf diese internen Spannungen kommentierte die Tageszeitung *La Repubblica* nach der Bundestagswahl: »Salvinis allzu offensichtliches Anliegen, mit Alice Weidel anzubündeln, ist wohl als Versuch zu werten, Meloni rechts zu überholen.«

La Stampa resümierte, bei welchen Themen sich Meloni mit einem Bundeskanzler Friedrich Merz Schnittmengen erhofft: »Die Dossiers sind sicherlich drei: die Ukraine, um internationale Positionierung zu zeigen; die Migrationsfrage, um die Vorstöße der extremen Rechten einzudämmen; und die Atomkraft, um die Energiedebatte in Europa zu verändern.« Die Tageszeitung *Corriere della Sera* mutmaßte, auf welche außenpolitischen Verbündeten sich Deutschland verlassen wird: »Der künftige Bundeskanzler will neue Allianzen schmieden, die mit dem Weimarer Dreieck – Frankreich, Deutschland, Polen – beginnen und dieses ausdehnen, nicht nur auf Italien und Spanien, sondern auch auf die baltischen und nordischen Länder.«

Avvenire äußerte die Hoffnung: »Berlin kann wieder zu einem politischen Motor der EU werden.« Merz werde Europa auch im Hinblick auf »Trumps imperialistische Linie« und die Ukraine-Politik »im Einklang mit Macrons Frankreich« stärken. Schließlich sei Berlin zu lange passiv gewesen, wie *La Stampa* unmittelbar nach der Bundestagswahl kritisierte: »Die gestrige Wahl ist der Anfang vom Ende einer Abwesenheit, die nachteilig für Deutschland und Europa war.«

Zum unterschiedlichen Wahlverhalten in den westlichen und östlichen Bundesländern konstatierte *La Repubblica* ernüchternd: »Eine Analyse der Wahl zeigt, die Mauer steht immer noch. Es ist, als würden die Narben nie verschwinden. Als ob bei jeder Bundestagswahl die Geschichte erneut aufschreit und darauf verweist, dass es immer noch wehtut.«

Großbritannien

Großbritannien hofft auf einen erfolgreichen Bundeskanzler

→ Text Kristina Moorehead, euro|topics-Korrespondentin für Großbritannien

Das deutsch-britische Verhältnis gleicht einer langjährigen Partnerschaft – mal harmonisch, mal herausfordernd, aber im Kern stabil. Wer in Berlin regiert, sorgt in London selten für Unruhe. Weit mehr beschäftigt britische Medien die Frage, wie sich Deutschland unter einem Kanzler Friedrich Merz wirtschafts- und sicherheitspolitisch neu positioniert und welche Rolle es in Europa übernehmen will.

»Die Grundlagen des Wohlstands der Nachkriegsrepublik erodieren«, konstatiert die Wochenzeitung *The Economist*, was zu einem »ängstlichen Deutschland« führe. »Selten lag ein solcher Schatten der Angst über einem Wahlkampf in Europas größter Volkswirtschaft.« Der *Daily Telegraph* bezeichnet Deutschlands wirtschaftliche Herausforderungen als wahren »Albtraum«. Die neue Regierung müsse enorme Summen in Infrastruktur, Verteidigung und Wirtschaft investieren, was aber das Risiko steigender Schulden mit sich bringe.

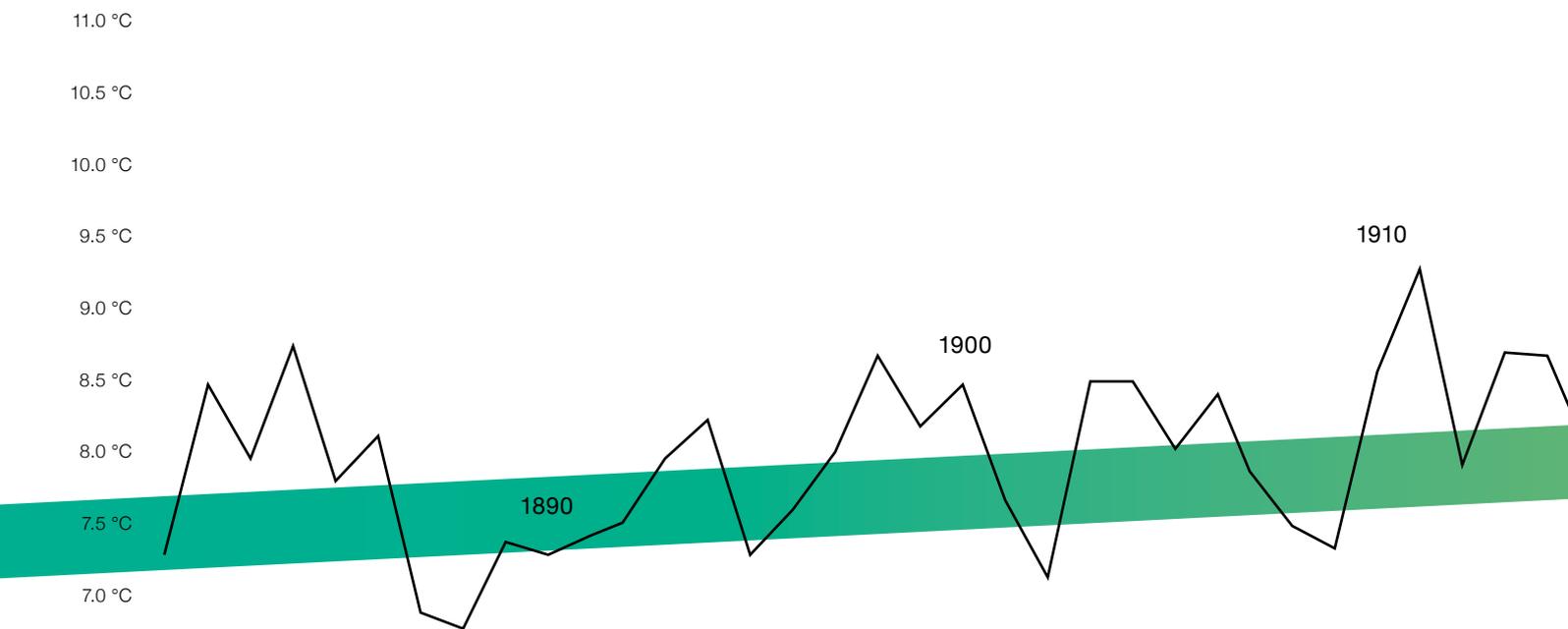
Derartige Sorgen dürften zum Aufstieg der AfD beigetragen haben, analysieren britische Kommentatorinnen und Kommentatoren. Die Tageszeitung *The Guardian* meint, dass die Bundestagswahl ein »gefährlich polarisiertes Land«

zeige. Die britischen Parteien der Mitte, so dieselbe Zeitung, sollten daraus lernen, denn »das Kopieren der extremen Rechten in der Einwanderungsfrage ist für die politische Mitte in Deutschland nach hinten losgegangen«. Und *The Times* ist der Ansicht: »Merz muss zeigen, dass Lösungen in der Mitte und nicht Konfrontation der beste Weg zu Wohlstand und Sicherheit sind.«

In der Sicherheitspolitik wird von Deutschland eine aktivere Rolle gewünscht. *The Economist* sieht in einer Kanzlerschaft von Friedrich Merz eine Chance: »Merz hat zumindest den richtigen Instinkt. [...] Er hat seine Bereitschaft angedeutet, bisher tabuisierte Themen wie den Ausbau des französischen Atomwaffenschirms zu diskutieren.« Auch die Wirtschaftszeitung *Financial Times* lobt Merz für klare Worte zum transatlantischen Verhältnis: »Die Unabhängigkeit von unzuverlässigen oder gar feindlichen USA, die noch vor wenigen Monaten unvorstellbar war, ist eine Mission, die eine schwarz-rote Koalition vereinen könnte.« Angesichts der über den Kontinent hereinbrechenden Herausforderungen kommt dieselbe Zeitung zu dem Schluss: »Europa braucht einen erfolgreichen Friedrich Merz.«

euro|topics

Der tägliche Blick in Europas Presse:
eurotopics.net



Bedrohung der Freiheit

Die globale Erwärmung untergräbt die Zuversicht in die Zukunft und stellt bisherige Gesellschaftsmodelle infrage. Warum die Klimakrise irgendwann Demokratie unmöglich machen könnte.

→ *Text* Jonas Schaible
 → *Auszug* Demokratie im Feuer

Die Systeme der größtmöglichen Freiheit sind schwer gefährdet. Sie sind sogar das, was in der Klimakrise eigentlich gefährdet ist. Es stimmt ja, das Ende der Menschheit steht nicht unmittelbar bevor. Sollte die Emission von Treibhausgasen so weitergehen wie bisher, sollten viele Kippelemente aktiviert werden, sollte sich die Erderwärmung tatsächlich über 3, 4, im nächsten Jahrhundert dann 5 oder 6 oder 8 Grad C hinaus erhöhen, kann selbst das realistisch niemand mehr garantieren. Einstweilen aber werden die Folgen nicht umfassend fatal genug. Dafür sind Menschen zu zahlreich und anpassungsfähig. Von acht Milliarden werden mehr als nur eine Handvoll auch auf einer viel heißeren Welt überleben, davon ist auszugehen.

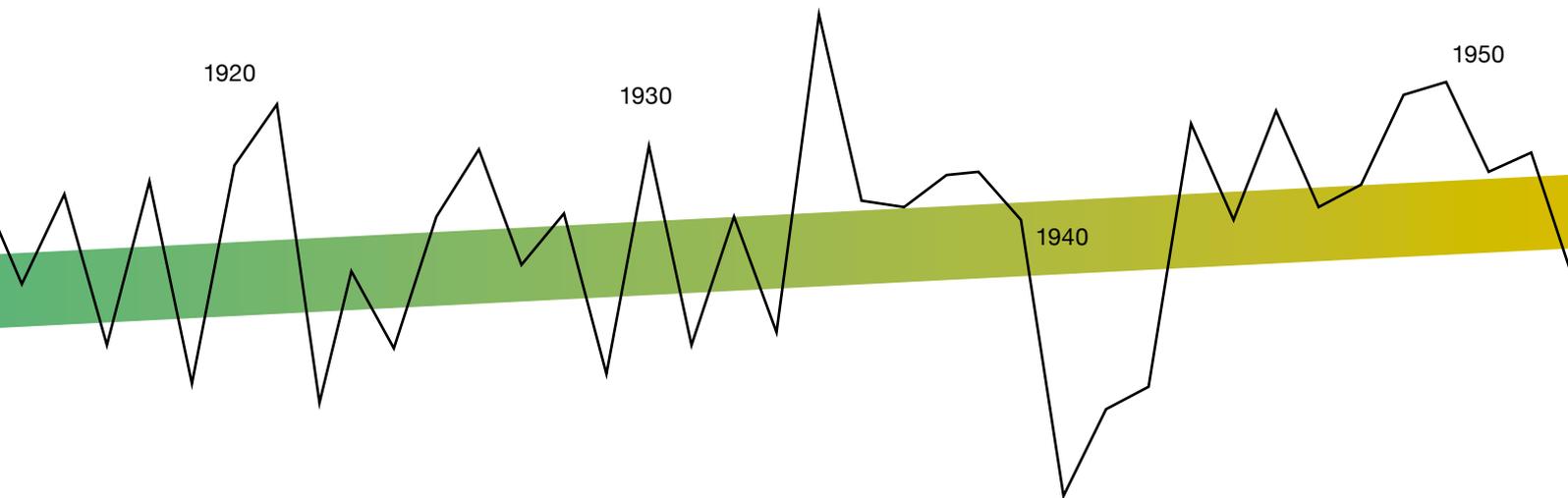
Vorerst wird die große Apokalypse ausbleiben, und selbst das Leben unter Extrembedingungen wird im Großen und Ganzen vermutlich ähnlich weitergehen wie bisher. Menschen werden Kleidung tragen, in arbeitsteiligen Gesellschaften leben. Sie werden zur Arbeit gehen und ins Konzert. Sie werden Feierabend machen und einkaufen gehen. Sie werden Kinder haben und mit ihnen spielen. Sie werden Haustiere halten und in Häusern leben, viele mit Wasser und Strom.

Menschen haben sich schon an viele Schrecken angepasst. Sie haben schon unermessliches Leid verursacht und durchstehen müssen: Versklavung, Völkermord, Hungersnöte, die Pest, Kriege, den Holocaust. Und doch wird alles um sie herum grundsätzlich anders werden, und die

Wahrscheinlichkeit, dass unter diesen Umständen noch liberale Demokratien bestehen können, ist extrem gering. Es ist eine Hochrisikowette mit wenig Argumenten jenseits von Hoffnung oder Gewohnheit. Auch die Demokratie ist von dieser Welt. Oder genauer: von einer Welt, die wir schon verlassen haben.

Dabei muss man zunächst drei Ebenen unterscheiden. Drei Ebenen, auf denen die Folgen der Erderwärmung auf ökonomische und politische, auf Ernährungs- und auf Wertesysteme treffen, die unter ganz anderen Bedingungen entstanden sind.

Auf der ersten Ebene geht es um Extremwetterereignisse als Naturkatastrophen, also Brände, Überschwemmungen, Stürme. Und um dauerhaftere Extremwetterphasen. Das, was da auf uns



und künftige Generationen zukommt, sind Hitze, Dürre, Starkregen, Ernteaufschläge, Wassermangel. Überall auf der Welt, in zunehmender Heftigkeit und Häufigkeit, beinahe als Dauerzustand, wenn wir mit dem Klimaschutz scheitern. All das ist unausweichlich.

Auf der zweiten Ebene müssen wir uns auf die Zerstörung von Lieferketten und zusammenhängenden Produktionssystemen einstellen, die eine Folge dieses Extremwetters sind. Auf Nahrungsmittel- und Wasserknappheit. Auf Hungersnöte. Auf wirtschaftliche Krisen. Auf verletzte Identitäten. Auf eine gestörte Energieversorgung. Auf Seuchen. Auf große Migrationsbewegungen. Die vergangenen Jahre bieten einen ersten, leisen Vorgeschmack. Schon zwei Dürrejahre in Europa haben dazu geführt, dass die Getreideproduktion den globalen Bedarf nicht mehr deckte – diesmal reichten aber die Vorräte noch locker aus. Zweimal in vier Jahren fiel der Rhein so trocken, dass die Schifffahrt gestört wurde und Produkte nicht mehr ans Ziel kamen. [...]

Auf der dritten, der eigentlich politischen Ebene schließlich, kann all das zu Revolten führen, zu politischer Notstandsregierung, zum Machtgewinn autoritärer Parteien, zur Militarisierung, zur Verhärmung von Gesellschaften, nationalistischer Abschottung, zu Apartheids-gesellschaften, zu Krieg oder Bürgerkrieg.

In der Corona-Pandemie zeigte sich, wie schnell gestörte Lieferketten und unregelmäßige Muster von Angebot und

Nachfrage für leere Regale, höhere Gaspreise und damit eine hohe Inflation sorgen können. Der russische Überfall auf die Ukraine hatte nichts mit dem Klima zu tun, hatte aber den Ausfall zweier wichtiger Kornkammern zur Folge. Die negativen Auswirkungen auf die globale Nahrungsmittelversorgung wurden von Extremwettern in vielen Weltregionen und steigenden Energie- und damit auch Düngerpreisen zusätzlich verschärft.

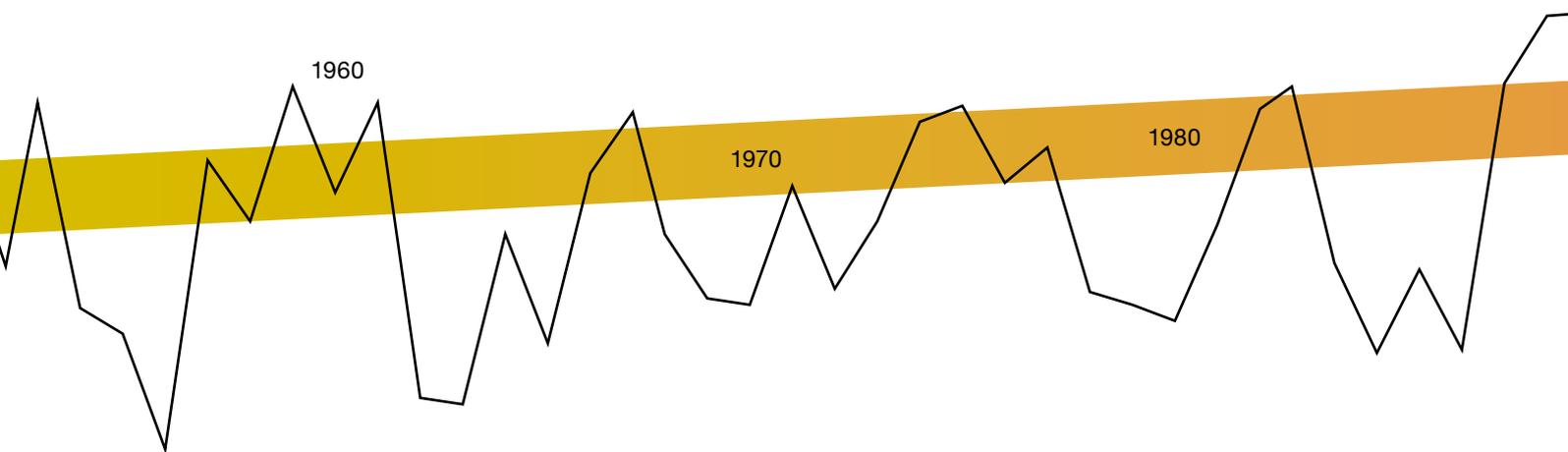
Wie in der Geschichte üblich folgten auf steigende Brotpreise unweigerlich Brotrevolten: unter anderem im Iran, in Ecuador, Panama und Uganda kam es zu Protesten. In den Jahren zwischen 2007 und 2011 lässt sich das Aufkommen von Revolten, teils Revolutionen, sehr überzeugend mit steigenden Lebensmittelpreisen zusammenbringen. Dazu gehören auch die Revolutionen des Arabischen Frühlings, darunter die in Syrien. Damals traf es Diktaturen. Aber wenn in den Demokratien der Welt Nahrung zu teuer wird, wird es auch sie treffen.

Als in den Jahren 2015 und 2016 unter anderem als Folge des Bürgerkriegs in Syrien, wo grob ein Viertel der Geflüchteten herkamen, rund 2,5 Millionen Menschen nach Europa flohen, waren die politischen Folgen immens. Wie fast immer, wenn Zuwanderung ein beherrschendes politisches Thema ist, profitierten radikal rechte Parteien. [...] Zu dieser Zeit waren weltweit rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Weltbank schätzt, dass allein aus Klimagründen in

den nächsten dreißig Jahren 200 Millionen Menschen vertrieben und auf der Flucht sein könnten. Die Prognosen von Think-tanks reichen bis zu 1,2 Milliarden Flüchtlingen bis zum Jahr 2050.

Die Abschottung würde in solchen Szenarien fast sicher zunehmen. Nach außen, gegen Migration über Staatengrenzen. Aber auch innen, denn der größte Teil der Fliehenden wird wie bisher auch das eigene Land lange nicht verlassen. So entstehen im doppelten Sinne Fliehkräfte in Gesellschaften, zwischen Regionen und gewiss auch in Städten. Wer Geld hat, kann schon jetzt in Kaliforniens Brandwochen private Feuerwehren bezahlen und sein Grundstück schützen. Wer Geld hat, kann Mauern bauen, Wassertanks anlegen, sich mit Energie versorgen, Medikamente horten und all das von Sicherheitspersonal schützen lassen. Ungleichheit würde unter solchen Bedingungen wachsen. Ungleiche Gesellschaften aber sind instabiler als gleiche Gesellschaften. Gesellschaften, die akzeptieren, dass anderen Menschen für sie Leid widerfährt, das sie selbst mitverursacht haben, drohen zu verhärten. Man kann nur eine begrenzte Menge Qual verursachen, ohne selbst daran zugrunde zu gehen oder bitter und kalt zu werden. [...]

Eine Modellierung des Rückversicherers SwissRe, dessen Kerngeschäft es ist, Risiken in Geld zu übersetzen, kommt zum Ergebnis, dass der globalen Wirtschaft im Fall einer Erwärmung von



2 Grad C bereits zur Mitte des Jahrhunderts etwa 11 Prozent Wirtschaftsleistung verloren gehen könnten. Eine andere Studie schlussfolgert, dass die Wirtschaftsleistung der ärmsten Staaten selbst bei Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels, also im fast schon undenkbar besten Fall, bis Mitte des Jahrhunderts 13 Prozent, bis Ende des Jahrhunderts ein Drittel geringer wäre, als sie ohne Klimakrise sein könnte. Bei rund 3 Grad C Erwärmung gingen diesen Staaten bis zum Jahr 2100 fast zwei Drittel der Wirtschaftskraft verloren. Damit könnte globale Ungleichheit noch weiter wachsen. Für Demokratie in diesen Ländern und für demokratische Beziehungen zwischen verschiedenen Weltregionen wäre das eine denkbar schlechte Dynamik.

Grund dafür sind unter anderem Katastrophenfolgen. Allein die zehn größten Naturkatastrophen haben im Jahr 2021 Schäden in Höhe von 170 Milliarden US-Dollar angerichtet. Die Zahl von Katastrophen, die mehr als eine Milliarde Dollar an Zerstörung verursachen, nimmt zu. Eine neue Untersuchung findet aber auch Hinweise, dass Temperaturschwankungen lang anhaltend das Wachstum bremsen, weshalb die Effekte auf die Wirtschaft noch größer sein könnten als bisher angenommen.

Ganz sicher spielte die Abwehr von Wandel und gesellschaftlicher Modernisierung eine entscheidende Rolle, wann immer Demokratien in der Vergangenheit unter Druck gerieten. So war es

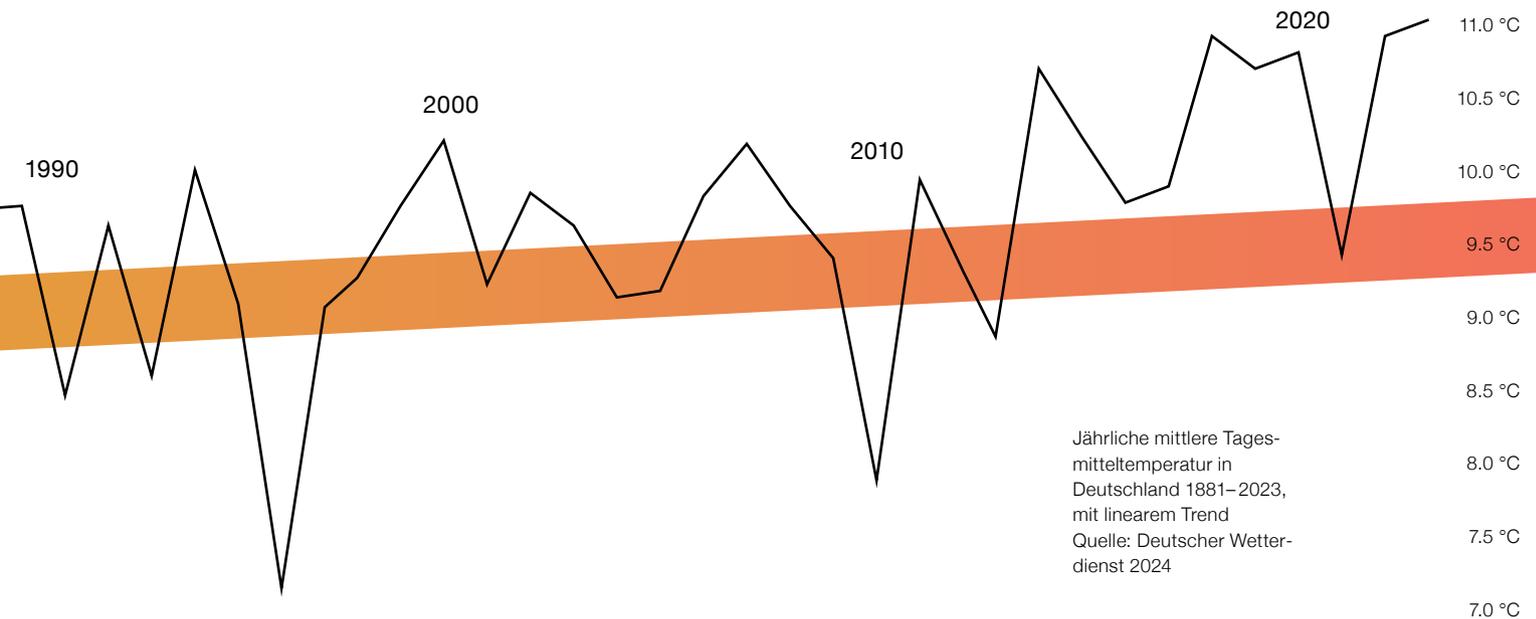
zu Zeiten des US-Bürgerkriegs und des Weißen Terrors im 19. Jahrhundert. Genauso wie während des Zusammenbruchs vieler europäischer Demokratien zwischen den Weltkriegen. So ist es auch während der aktuellen Welle der Autokratisierung und des Erstarkens der radikalen Rechten: Die Welt veränderte sich rasant, Schwarze bekamen Rechte, die Moderne veränderte Lebenswelten und Familienbilder, die Pluralisierung der Gesellschaften beschleunigte sich, und autoritäre Kräfte nutzen das Unbehagen damit für Angriffe auf die Demokratie.

Es ist gewiss kein Zufall, dass sich um Klimafragen jetzt schon ein Kulturkampf entwickelt hat. Die Klimakrise wirkt in gewisser Hinsicht wie eine ultimative Modernisierung, weil sie die Welt, wie wir sie kannten, umfassend vernichtet. [...] Sie zerstört, kurz gesagt, in irrwitzigem Tempo und ungekanntem Ausmaß Wissen, Gewissheiten und Lebensmodelle und damit alles, was uns bisher Orientierung verschafft hat. Wann immer das passiert, ist Abwehr, ist Trotz, ist Reaktanz, ist aggressive Selbstbehauptung durch Angriffe auf andere eine häufige Folge. Und die Transformation, die die Klimakrise nötig macht, bedeutet auch eine grundlegende Umwälzung aller Lebensverhältnisse. Es braucht nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, dass radikale Parteien diese Transformation für alles verantwortlich machen werden, was schlecht läuft in den kommen-

den Jahren, alle Wohlstandsverluste, alle Wirtschaftskrisen, alle Preissprünge – selbst wenn die Klimakrise selbst sie erzeugt. Das Potenzial für einen nationalistischen, autoritären Backlash ist groß. Die Demokratie gedeiht besser, wenn es Zukunftslust gibt. Das Autoritäre dagegen kann sich an Gegenwartsverdruss, Zukunftsangst und Vergangenheitsverklärung berauschen.

Auch die Gefahr von Kriegen bedroht die Demokratie. Es ist sehr leicht vorstellbar, dass Ernteausfälle, Nahrungsmittelknappheit oder Wassermangel klassische Ressourcenkriege entstehen lassen. [...] Es gibt aber auch noch jene potenziellen Konfliktgründe, die die Klimakrise selbst überhaupt erst entstehen lässt: [...] Die potenziell folgenreichste Form wäre das so genannte »Solar Radiation Management«. Die Idee ist simpel: Indem man bestimmte Partikel in großer Höhe ausbringt, soll Sonnenlicht reflektiert und somit verhindert werden, dass sich die Erde weiter erwärmt. [...] Prinzipiell können also einzelne Staaten die Lebensverhältnisse anderswo über das Weltklima nicht nur ungesteuert beeinflussen wie bisher, sondern auch ganz bewusst massiv verändern – und damit die Verhältnisse in anderen Staaten beschränken. [...]

All das ist nicht unausweichlich, weil in Gesellschaften nichts unausweichlich ist. Aber jede Form der autoritären Bedrohung wird durch die Klimakrise absehbar wahrscheinlicher, potenziell



häufiger und heftiger. Wirtschaftskrisen, Hungerkrisen, Migrationskrisen, Krisen der Erwartungssicherheit, die Entwertung alter Lebensmodelle. Das ist die Ausgangslage zu Beginn der Klimakrise.

Man muss schon sehr optimistisch sein, um zu glauben, dass liberale Demokratien auf Dauer diesem Druck standhalten. Aber selbst wenn sie das tun und nicht komplett zerstört werden, schwinden die Freiheiten in einer erhitzten Welt – dies ist eine ganz neue Bedrohung der Demokratie durch die Klimakrise.

Wenn die Wirtschaft wankt, müssen Arbeitsplätze bewahrt werden, wenn Infrastruktur wie Straßen, Brücken oder Wohnungen zerstört wird, muss sie aufgebaut werden. Wenn die Preise existenzbedrohlich steigen, müssen sie gedämpft werden. Wenn Bauern Ernteauffälle erleiden, müssen sie kompensiert werden. Wenn die Arbeitslosigkeit steigt, muss sie gesenkt werden. Wenn Hunderttausende Flüchtlinge ins Land kommen, müssen sie versorgt werden. Dann muss Geld für Krisenbewältigung fließen, wodurch die Spielräume für andere Ausgaben sinken, für Sozialprogramme, für Gestaltung, die Zeit für solche Arbeit ist auch rar, die Bereitschaft der Bevölkerung womöglich gering.

Von außen sieht es so aus, als verfüge eine Regierung über riesige Mittel, um in ihren Ministerien mit ihren Tausenden Mitarbeiter/-innen und den vielen nachgeordneten Behörden hoch spezialisiert und zeitgleich viele Krisen zu bearbeiten

und vorausschauend zu planen. Tatsächlich ist Politik viel zentralisierter, der Flaschenhals ist eng, weil die wichtigsten Entscheidungen von einer kleinen Zahl an Menschen getroffen werden. Und deren Erfahrung ist, dass Politik sehr oft das Bewältigen der jeweils drängendsten Krise ist. So erzählen sie es in vertraulichen Gesprächen. Es geht häufig nur darum, über den Tag zu kommen, durch die Woche, den Monat. Auf Sicht fahren, so wird das öffentlich genannt.

Jede weitere Krise, die sich auftut, frisst zusätzlich Zeit und Gedanken, verdrängt andere Probleme. Wenn die Klimakrise also Schockereignisse in größerer Intensität und stetig kürzeren Abständen erzeugt, beschränkt das die Möglichkeit, Politik außerhalb von akuter Krisenbewältigung zu betreiben.

Raum für Gestaltung wäre winzig, der Sachzwang überwältigend, der Maßnahmenstaat die fast zwingende Folge. So läuft es ja jetzt schon, wann immer irgendwo die Flut kommt oder das Wasser ausbleibt. Dann greift der Staat durch, er gibt vor, aber er folgt dabei Notwendigkeiten. Wie viel Freiheit hat ein Bürgermeister im Ahrtal, der sein zerstörtes Dorf wieder aufbauen muss? Wie viel Freiheit die Politik in Pakistan, wenn ein Drittel der Landesfläche unter Wasser steht? [...]

So erzwingt die Eindämmung der Klimakrise radikalen Klimaschutz (mit schrumpfender Freiheit, sich dagegen zu entscheiden), damit wir uns für später zumindest einen Restbestand an Entscheidungsspielräumen bewahren können – wenn es gut läuft.



Schriftenreihe

Demokratie im Feuer

Das Buch von Jonas Schaible ist in der Schriftenreihe der bpb erhältlich. Schaible lotet politische Aktionsfelder aus, die sich dem dramatischen Ernst der Klimakrise nicht verweigern, aber zugleich im demokratischen Grundkonsens verwurzelt bleiben.

2024, Bestell-Nr. 11072
5 €

Luft nach oben



en

Der Kampf gegen den Klimawandel ist eine Kraftanstrengung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Bei der notwendigen Transformation gibt es noch viel zu tun. Doch zahlreiche bereits umgesetzte Projekte zeigen, wie der Wandel gestaltet werden kann.



Biogasanlage In Deutschlands größter Biogasanlage in Güstrow wird aus getrocknetem Hühnerkot und Maissilage Biomethan und Bio-LNG gewonnen, das als umweltfreundlicher Kraftstoff für Lkw dient. Das bei der Aufbereitung entstehende CO₂ wird gereinigt, verflüssigt und in der Lebensmittel- und Getränkeindustrie eingesetzt.

Radwege Die Ann-Arbor-Brücke ist Teil des »Superradwegenetzes Tübingen«, mit dem die Stadt den Fahrradverkehr sicherer und komfortabler machen möchte. Die Radbrücke ist rund 365 Meter lang und am höchsten Punkt zehn Meter hoch. Die Fahrbahn ist beheizbar, sodass bei Frost kein Streusalz verwendet werden muss.



Agri-Photovoltaik Kühe finden unter Solarmodulen Schatten in der Testanlage für Agri-Photovoltaik in Rathenow, Brandenburg. Bei der Agri-Photovoltaik werden auf landwirtschaftlichen Flächen Nahrungsmittelproduktion in Form von Tierhaltung oder Pflanzenanbau mit Energieerzeugung durch Photovoltaikmodule kombiniert.

Wasserkraft Turbine eines Wasserkraftwerks. Damit kann Strom bei Bedarf erzeugt werden. In Pumpspeicherkraftwerken wird Wasser bei einem Überangebot an Strom in ein höher gelegenes Speicherbecken gepumpt. Ist Strom knapp, wird das Wasser zurückgeleitet, und die Turbine erzeugt Energie.







Ökosiedlung Die Siedlung in Düsseldorf-Unterbach entstand in den 1980er-Jahren. Alle Gebäude haben Grasdächer, die im Sommer kühlen, im Winter wärmen und Regenwasser aufnehmen, das langsam wieder abgegeben wird. Die Wege in der autofreien Siedlung sind nicht versiegelt, so wird Überschwemmungen vorgebeugt.

Windkraft Industriekletterer im Windpark Lindenberg in Brandenburg. Windkraft war im Jahr 2024 mit einem Anteil von 31,5 % die wichtigste Energiequelle für die Stromerzeugung in Deutschland. Insgesamt stammten 59,4 % des erzeugten und ins Netz eingespeisten Stroms aus erneuerbaren Energiequellen – ein neuer Höchstwert.

Was passiert nach der Wahl?

Auszählung der Stimmen

- Am Wahltag: nach 18:00 Uhr Ermittlung, Feststellung und Bekanntgabe des vorläufigen Wahlergebnisses durch die Bundeswahlleiterin.
- Ab dem nächsten Tag: Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses in den Wahlkreisen und Bundesländern. Feststellung des Bundeswahlausschusses, wie viele Sitze auf die einzelnen Landeslisten und Parteien entfallen und welche Personen gewählt sind.

Zusammentreten des neuen Bundestages

- Nach der Bundestagswahl arbeitet die amtierende Bundesregierung weiter bis zur konstituierenden Sitzung des neuen Deutschen Bundestages. Diese muss spätestens 30 Tage nach der Wahl stattfinden.
- Die Mitglieder des Bundestages wählen in der ersten Sitzung den Bundestagspräsidenten bzw. die Bundestagspräsidentin sowie die Stellvertretungen und beschließen die Geschäftsordnung.
- Die Ausschüsse werden neu benannt und besetzt, nur vier sind vom Grundgesetz zwingend vorgesehen. Sie bereiten die Beschlüsse des Parlaments fachlich vor.

Koalitionsverhandlungen

- Erste Sondierungen der Parteien finden meist bereits am Wahlabend statt.
- Sind diese erfolgreich, nehmen die beteiligten Parteien Koalitionsverhandlungen auf. Bei einer Einigung werden im Koalitionsvertrag die gemeinsamen Ziele für die Regierungsarbeit schriftlich dargelegt. Zudem wird festgelegt, welche Ministerien es geben wird und wer diese leitet.

Wahl des Bundeskanzlers / der Bundeskanzlerin

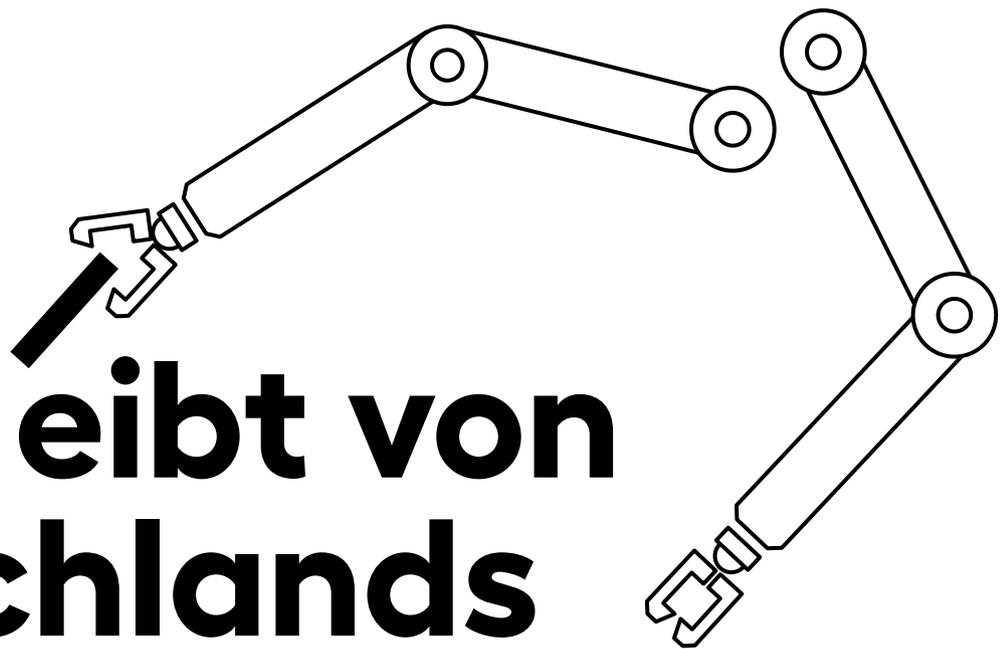
- Der Bundespräsident schlägt nach Gesprächen mit den Fraktionen eine Kandidatin oder einen Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers vor. In der ersten Wahlphase im Bundestag wird die absolute Mehrheit der Abgeordnetenstimmen benötigt. Gelingt das nicht, kann innerhalb von 14 Tagen eine andere Person mit absoluter Mehrheit gewählt werden. Im dritten Anlauf ist gewählt, wer die meisten Stimmen erhält (relative Mehrheit). Die Wahl findet in geheimer Abstimmung statt.
- Der Bundespräsident muss den Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin innerhalb von sieben Tagen nach einer Kanzlerwahl mit absoluter Mehrheit ernennen. Bei relativer Mehrheit kann der Bundespräsident die gewählte Person entweder binnen sieben Tagen ernennen oder alternativ den Bundestag auflösen.

Kabinettsbildung

- Der neu gewählte Kanzler macht dem Bundespräsidenten einen Vorschlag für die Ernennung der Ministerinnen und Minister. In der Praxis ist er dabei an die Vorgaben der Parteien gebunden.

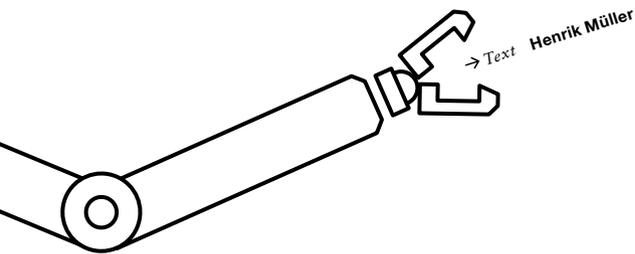
Arbeitsweise der neuen Regierung

- Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Er leitet mit Hilfe des Bundeskanzleramtes die Geschäfte der Regierung (Kanzlerprinzip).
- Die Ministerinnen und Minister leiten ihre Aufgabenbereiche in eigener Verantwortung (Ressortprinzip).
- Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ministerien führt die Regierung gemeinsam eine Entscheidung herbei (Kollegialprinzip). In Ausnahmefällen kann der Kanzler kraft seiner Richtlinienkompetenz auch allein entscheiden.

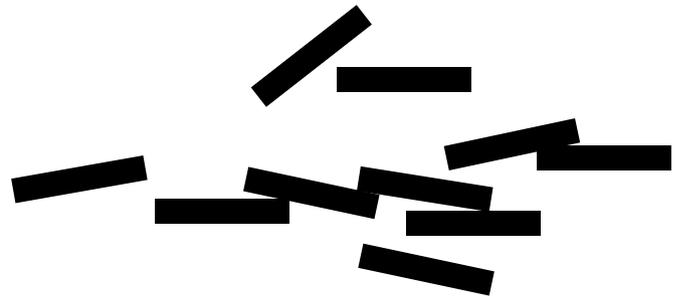


Was bleibt von Deutschlands Industrie übrig?

Die deutsche Industrie steckt in der Krise, das zeigt sich vor allem an den Autobauern. Die Hintergründe sind vielschichtig, doch eines ist klar: Die Transformation ist unaufhaltbar, die Politik muss den Strukturwandel gestalten.



→ Text Henrik Müller



Spätestens 2024 wurde klar, dass die deutsche Industrie in einer tiefen strukturellen Krise steckt. Ein weithin sichtbares Signal waren dabei die Probleme von Volkswagen. Europas größter Autobauer leidet unter sinkenden Absatzzahlen. Das Management will in Deutschland Werke schließen, Personal abbauen und Löhne kürzen. Die Gewerkschaft IG Metall und der VW-Betriebsrat haben mit Warnstreiks und Protesten reagiert. Erst kurz vor Weihnachten kam es zu einer Einigung, die allerdings schmerzhaft Kapazitätskürzungen vorsieht. Die Lage bei Volkswagen ist beispielhaft für weite Teile der deutschen Industrie. Umfragen des ifo-Instituts vom Herbst 2024 zeigen, dass bei produzierenden Unternehmen rund ein Viertel der Produktionskapazitäten nicht ausgeschöpft werden.

Die Industrieproduktion in Deutschland hat ihren Höhepunkt schon vor einiger Zeit überschritten. Seit 2018 sinkt der Output schlechend. Doch zuletzt haben sich die Rückgänge beschleunigt. Besonders brenzlich ist die Lage in energieintensiven Branchen. Seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine sind die Preise für Gas und Strom nach zwischenzeitlich extremen Ausschlägen zwar wieder zurückgegangen. Dennoch bleibt Energie teurer als vor dem Ukraine-Krieg. Entsprechend schwierig ist die Lage in Wirtschaftszweigen wie Chemie, Metall- und Kunststoffverarbeitung oder Glas und Keramik. Während Großunternehmen wie Volkswagen, ThyssenKrupp oder BASF mit angekündigten Personalkürzungen für Schlagzeilen sorgen, findet der Abbau im Mittelstand ohne große öffentliche Aufmerksamkeit statt.

Wo ist das Problem?

Die deutsche Wirtschaftsstruktur ist vergleichsweise industriellastig. Die Produktion von materiellen Gütern trägt immer noch 19 Prozent zur Wertschöpfung bei, rund doppelt so viel wie in den USA, Frankreich oder Großbritannien. Acht Millionen Arbeitsplätze hängen direkt an produzierenden Unternehmen, kalkuliert das Statistische Bundesamt – knapp ein Fünftel der gesamten Beschäftigung.

Industriejobs gelten bislang als besonders produktiv und gut bezahlt, wobei eine schlagkräftige gewerkschaftliche Vertretung hilft. Ein Verlust dieser Arbeitsplätze hätte erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung ganzer Regionen und der deutschen Volkswirtschaft insgesamt. Einige andere Länder haben die Erfahrung gemacht, dass eine Deindustrialisierung mit einer größeren Ungleichheit der Einkommen einhergehen kann.

Ein Problem stellt Deutschlands starke Spezialisierung auf wenige Branchen dar. Die Autoindustrie, aber auch Maschinenbau und Chemie tragen zusammen den mit Abstand größten Teil zum Export bei und leiden aktuell besonders.

Ist das neu?

In den 1950er- und 1960er-Jahren waren noch rund 50 Prozent aller bundesrepublikanischen Beschäftigten in der Produktion tätig. Danach sank der Industrieanteil stetig. Allerdings blieb die absolute Anzahl der Jobs über Jahrzehnte weitgehend konstant. Der Strukturwandel weg von der Produktion physischer Güter hin zu Dienstleistungen vollzog sich durch einen Zuwachs der Beschäftigung in anderen Bereichen, nicht durch die Schrumpfung der Industrie insgesamt.

Ab den 2000er-Jahren erlebte die deutsche Industrie ein Comeback, und das war insbesondere exportgetrieben: Die Öffnung der internationalen Märkte und das starke Wirtschaftswachstum der Schwellenländer begünstigten traditionelle Stärken der deutschen Wirtschaft. Die Bundesrepublik hatte immer noch im Angebot, was die rapide wachsenden Schwellenländer brauchten und wollten – von chemischen Grundstoffen über Maschinen und ganzen Produktionsanlagen bis hin zu hochwertigen Autos.

Mit zunehmendem Entwicklungsstand haben Unternehmen in Schwellenländern jedoch ähnliche Fähigkeiten erreicht. Dieser Aufholprozess ist seit Langem sichtbar, hat sich aber in den vergangenen Jahren beschleunigt. Die weltweiten Handelskonflikte, die insbesondere die überbesetzten Märkte für Industriegüter betreffen, verschlechtern die Position hiesiger Produzenten zusätzlich.

Andere westliche Länder sind von dieser Entwicklung weniger stark betroffen, weil dort der Industrieanteil an der Gesamtwirtschaft bereits deutlich geringer ist. In der Schweiz oder in Japan, wo die Industrie genauso viel zur Wertschöpfung beiträgt wie in Deutschland, konzentrieren sich die Industrieunternehmen zunehmend auf hochproduktive Aktivitäten wie Forschung und Entwicklung, Design, Management.

Was passiert als Nächstes?

Die moderne Marktwirtschaft wandle sich zunehmend zu einem »Kapitalismus ohne Kapital«, so die britischen Ökonomen Jonathan Haskel und Stian Westlake in ihrem gleichnamigen Buch. Immaterielle Güter wie Patente, innovative Geschäftsprozesse, Markenbildung oder Design treiben die Produktivität, nicht mehr allein die nächste Maschine in einer Fabrikhalle oder ein weiteres Fahrzeug im Fuhrpark. Als Paradebeispiel gilt Apples iPhone und das darum herum entstandene Ökosystem aus Apps und Inhalten.

Die Investitionen in geistiges Eigentum sind in Deutschland bestenfalls durchschnittlich, was den Strukturwandel erschwert. Bislang haben die großen Hersteller und ihre Zulieferer in der Autoindustrie den mit Abstand größten Teil der nationalen Ausgaben für Forschung und Entwicklung getragen, wie aus Zahlen des Stifterverbands hervorgeht. Inwieweit diese Unternehmen künftig noch in der Lage dazu sein werden, ist eine offene Frage. Das Wachstum der Rüstungsindustrie, das sich durch die steigenden Militäretats infolge der zugespitzten sicherheitspolitischen Bedrohungslage und der Forderungen des US-Präsidenten Donald Trump abzeichnet, könnte einen Teil dieses Rückgangs auffangen.

Eine wirtschaftspolitische Strategie, die den Strukturwandel gestaltet, müsste vor allem die staatlichen Ausgaben für Forschung und Bildung erhöhen. Beschäftigte, die in schrumpfenden Traditionsbranchen ihren Job verlieren, sollten weiterqualifiziert werden. Ein Ausbau der Infrastruktur würde helfen, bisherige Engpässe in den Daten-, Strom- und Verkehrsnetzen zu beseitigen. Junge, dynamische Unternehmen brauchen einen leichteren Zugang zu Wachstumskapital. Eine wirkliche EU-weite Kapitalmarktunion, wie sie der im Herbst erschienene Bericht des früheren italienischen Ministerpräsidenten und ehemaligen EZB-Präsidenten Mario Draghi fordert, böte gerade deutschen Firmen eine Menge Chancen.

Entscheidend wird deshalb sein, wie sich die nächste Bundesregierung in diesen Fragen positioniert – und ob es der neuen EU-Kommission gelingt, eine umfassende europäische Transformationsagenda zu formulieren und durchzusetzen.

Der vollständige Text erschien im wirtschaftspolitischen Newsletter der bpb »Zahlen, bitte!« am 10. Januar 2025.

Zahlen, bitte!

Im Newsletter der bpb erklärt der Volkswirt und Journalist Henrik Müller einmal im Monat die wichtigsten Wirtschaftsdebatten.

bpb.de/zahlenbitte

»» Den deutschen Pass gibt es wirklich nicht geschenkt««

Wer seit letztem Sommer die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen will, muss dafür nicht mehr seine bisherige Staatsbürgerschaft ablegen. Für viele Menschen eine neue Möglichkeit, um politisch mitzubestimmen. Auch Ferhat ist nun zum ersten Mal zur Bundestagswahl gegangen.

→ Text Erik Hlacer → Foto Ines Janas

Er will seinen Stimmzettel selbst in die Urne werfen. Keine Briefwahl, das ist Ferhat wichtig. Auch wenn er noch nicht weiß, wie sich der Moment anfühlen wird, er will ihn genießen. Das Ergebnis möchte er, vielleicht ja auf einer großen Leinwand, mit dem gesamten Wahlkampfteam verfolgen. Seit Dezember arbeitet er ehrenamtlich für einen der neun Bundestags-Direktkandidaten des Bodenseekreises, wo er gerade wohnt. Für ihn wird er am Wahlsonntag auch seine Stimme abgeben. Jetzt, wo er endlich darf.

Ferhat, 20 Jahre alt, Jeans, Jutebeutel über der Schulter, grinst, als er seine Einbürgerungsurkunde aus dem Rucksack zieht. Sie ist auf blassgrünem Papier gedruckt und liegt gut geschützt in einer transparenten Hülle. Datum der Ausstellung: 9. September 2024.

»Gerne hätte ich schon viel früher gewählt«, sagt Ferhat. Er interessiert sich schon lange für Politik, las die Nachrichten und diskutierte mit Freunden. In der Oberstufe simulierte er ein Interview mit dem Bundestags-Direktkandidaten, für den er heutzutage arbeitet. Mittlerweile studiert er: Politik, Verwaltung und internationale Beziehungen.

Doch all das konnte er weder bei Bürgermeisterwahl 2021 noch bei den Europawahlen im vergangenen Jahr einbringen. »Das hat mich frustriert. Ich wurde nicht gehört, obwohl die Entscheidungen im Land mich ja betreffen. Ich bin hier geboren und aufgewachsen und werde auch noch viele Jahre hier leben.«

Bis zum 27. Juni 2024 mussten Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger, die die deutsche Staatsbürgerschaft erhielten, im Gegenzug ihren anderen, nicht-deutschen Pass abgeben. Viele waren für diesen Passtausch nicht bereit. Auch deshalb hat von den knapp drei Millionen türkischstämmigen Menschen in Deutschland etwa knapp die Hälfte keinen deutschen Pass. Im letzten Sommer trat das von der damalige Regierung, bestehend aus SPD, Grünen und FDP, geänderte Gesetz in Kraft. Die doppelte Staatsangehörigkeit ist in Deutschland seither theoretisch für alle möglich, die sich einbürgern lassen können.

Praktisch warten immer noch viele auf ihren Termin bei der Ausländerbehörde. Die Nachfrage war nach der Gesetzesänderung so stark gestiegen, dass viele Kommunen Überforderung anmeldeten und Einbürgerungswillige sehr lange



»Ich finde das Gesetz zur doppelten Staatsbürgerschaft gut. Und aus Angst vor einem Rechtsruck den türkischen Pass abzugeben, wäre das falsche Signal.«

Wartezeiten in Kauf nehmen müssen. Ferhat gehört zu den gar nicht mal so vielen Menschen, die von der Gesetzesänderung noch rechtzeitig vor der Wahl profitieren konnten.

Wenn er heute darüber spricht, was ihm der deutsche Pass bedeutet, dann muss Ferhat kurz stocken. Seine Eltern kamen in den 1990er-Jahren aus dem Osten der Türkei nach Deutschland. Ferhat wurde hier geboren, schrieb ein Einser-Abi, erhielt ein Stipendium und begann ein Studium.

»Ja, doch, es fühlt sich an wie die Anerkennung für meinen Fleiß, meinen Willen und meine guten Leistungen in der Schule.«

Beantragt hatte er die deutsche Staatsbürgerschaft schon im April 2022, kurz vor seinem 18. Geburtstag. Ferhat wurde in Deutschland geboren, hatte jedoch die türkische Staatsbürgerschaft. Um diese aufzugeben und im Gegenzug die deutsche zu erhalten, hätte er volljährig sein müssen.

Die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft gab es damals noch nicht. Bereit für den Tausch wäre er gewesen. »Meine komplette Lebensrealität spielt sich in Deutschland ab.« Selbst um ein Praktikum beim Auswärtigen Amt zu machen, brauche er den deutschen Pass.

Dass das zweieinhalb Jahre dauern würden, damit hatte er nicht gerechnet. Auf das Landratsamt ist er deshalb nicht gut zu sprechen. »Die haben sich da gefühlt geweigert, irgendwas zu unternehmen.« Am Ende stellte er sogar eine Verwaltungsklage, um das Verfahren zu beschleunigen. Ohne die, sagt Ferhat, hätte er seinen Pass vielleicht bis heute noch nicht.

Dadurch, dass sich der Prozess so lange zog, musste Ferhat letztlich seinen türkischen Pass nicht abgeben, weil in der Zwischenzeit das neue Gesetz verabschiedet worden war, das die doppelte Staatsbürgerschaft erlaubt.

In der Türkei war Ferhat schon fast zehn Jahre nicht mehr. Die Erinnerungen an seinen letzten Aufenthalt haben ihn nie losgelassen. Im Juli 2015 besuchte er mit seiner Mutter in den Sommerferien ihre Familie in Diyarbakır. In der Metropole im Südosten der Türkei leben überwiegend Kurden, zu denen auch Ferhats Familie zählt. Zu dieser Zeit begann einer von vielen bewaffneten Konflikten zwischen dem türkischen Militär und der prokurdischen Terrororganisation PKK. Immer wieder gerieten bis Frühjahr 2016 auch Zivilisten zwischen die Fronten.



Auch Ferhat und seine Cousins erlebten beim Spielen, wie türkische Soldaten in ihre Richtung schossen. Der Vorfall beschäftigte ihn, politisierte ihn. Er begleitete seine Eltern auf Demonstrationen in ganz Deutschland und verstand, dass er sich für Menschenrechte einsetzen möchte.

Mit der Türkei gebrochen hat er dennoch nicht. Ein großer Teil seiner Familie lebt noch immer dort. Im September will er ein Auslandssemester in Istanbul machen. Dafür ist die zweite Staatsbürgerschaft praktisch, er kann dort ohne Visum leben oder wählen.

Ferhat hat selbst lange für seinen deutschen Pass gekämpft, deshalb ist ihm das Thema Integration, neben dem Klimawandel, wichtig. Die Abschiedebatten in Deutschland bereiten ihm Sorgen, sagt Ferhat. »Aus eigener Erfahrung kann ich sagen: Den deutschen Pass gibt es wirklich nicht geschenkt. Wer ihn einmal hat und straffällig wird, sollte nach dem deutschen Recht belangt werden, nicht mehr und nicht weniger.«

Sonst müsse man sich permanent als Ausländer fühlen, niemals genug integriert, immer stigmatisiert. »Gast auf Zeit eben«,

sagt Ferhat. »Meine Eltern haben schon gesagt, ich solle die türkische Staatsbürgerschaft vielleicht lieber aufgeben, weil sie sich Sorgen machen. Aber das werde ich nicht tun. Ich finde das Gesetz zur doppelten Staatsbürgerschaft gut. Und aus Angst vor einem Rechtsruck den türkischen Pass abzugeben, wäre das falsche Signal«.

Der Text erschien am 22.02.2025 auf fluter.de.

fluter

fluter ist das Jugendmagazin der bpb. Es beleuchtet Hintergründe und Diskussionen, zeigt Menschen und ihre Erfahrungen. Das fluter-Heft erscheint viermal im Jahr. Täglich Neues gibt es auf fluter.de

Vom Friseursalon bis zum Buchladen – Mitmach-Orte für Demokratie

Kulturzentren, Bibliotheken, sogar Arztpraxen – fast 1.000 Orte deutschlandweit wurden zu »Räumen für Demokratie«. Über eine Kampagne der bpb für mehr Meinungsaustausch vor der Bundestagswahl.

→ Text Janina Martens

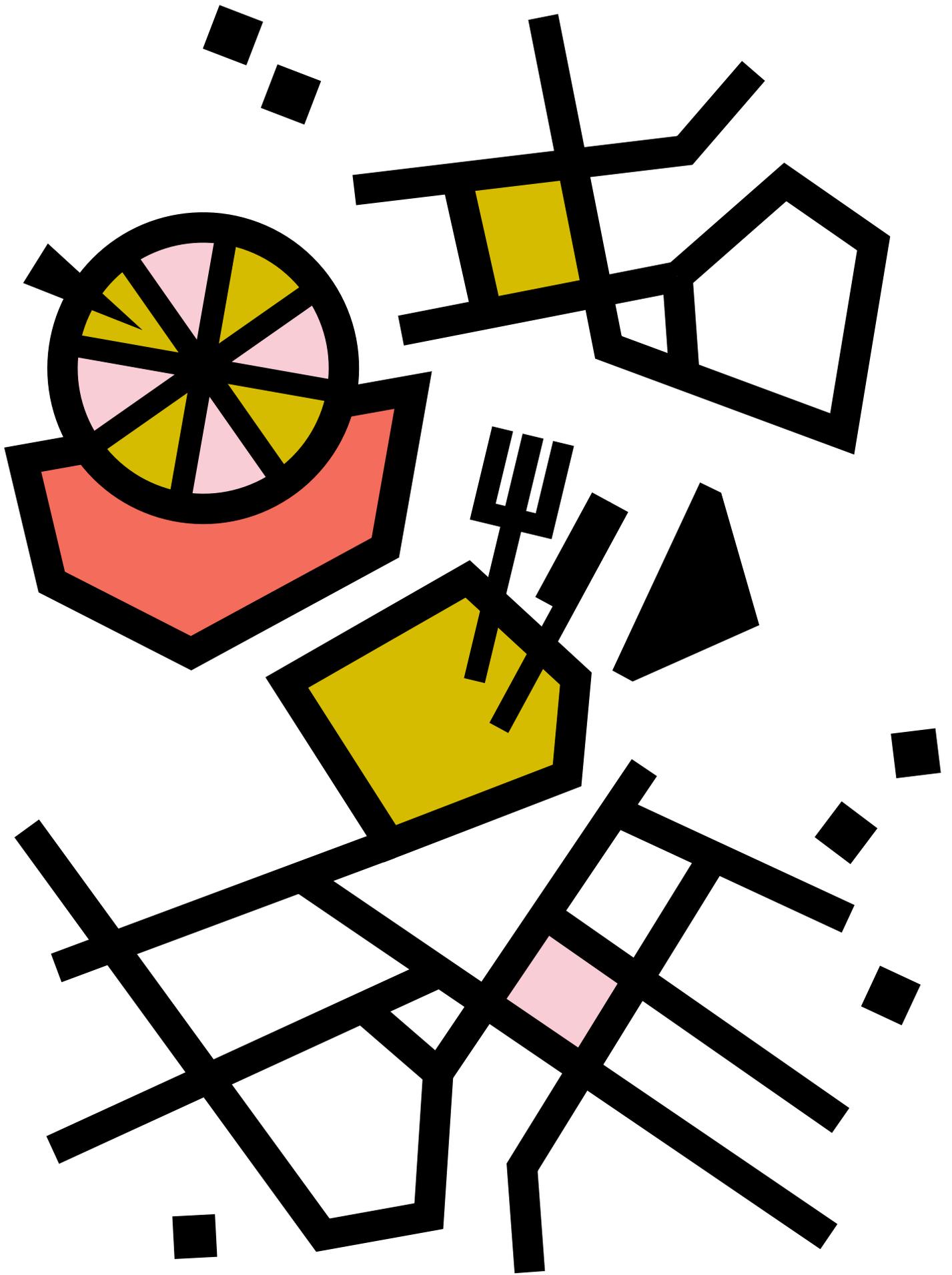
Beim Friseur wird über alles geredet – die Schwiegermutter, das Wetter, Stress im Job. Und natürlich auch über Politik. »Warum also den Friseursalon nicht bewusst zum Diskussionsort machen?«, dachte sich Friseurmeisterin Taibe Qorri und entwickelte das Format »Politik im Friseurstuhl«: Vor der Bundestagswahl im Februar lud sie Interessierte in ihren Salon im niederrheinischen Neukirchen-Vluyn ein, sich bei Chai, Mokka und Baklava über Politik auszutauschen.

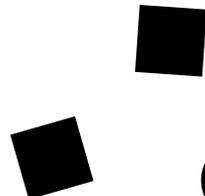
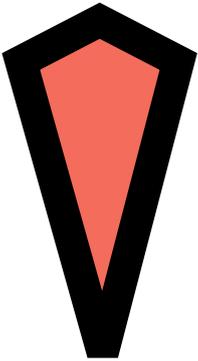
So machte sie ihr »Friseurwerk« zu einem »Raum für Demokratie«. Mit der gleichnamigen Kampagne hatte die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) im Vorfeld der Bundestagswahl dazu aufgerufen, an verschiedensten Orten gesellschaftliche und politische Themen zu diskutieren. Taibe Qorri war begeistert. Sie sagt: »Meckern bringt nichts, man muss etwas tun!«

Die Kampagne der bpb startete Mitte Dezember. Die Idee: Bundesweit sollten rund 1.000 »Räume für Demokratie« entstehen, in denen Menschen ins Gespräch kommen. Mitmachen konnten Vereine, Schulen, Kulturzentren, Unternehmen, Cafés, Bibliotheken und andere Einrichtungen. Nach der Onlineanmeldung wurden alle »Räume für Demokratie« auf einer interaktiven Karte gesammelt und erhielten von der bpb Anregungen sowie ein kostenloses »Demokratie-Kit« mit Broschüren, Postern und Spielen, um direkt loszulegen.

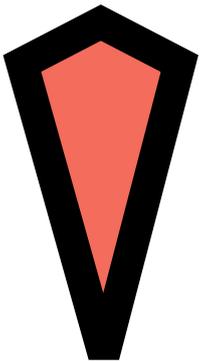
»Zu Wahlen haben wir viele digitale Informationsangebote«, sagt Lea Willhoff, Pressereferentin der bpb. So etwa den Wahl-O-Mat, der bei der Wahlentscheidung hilft; er ging diesmal Anfang Februar online. »Aber bei dieser bedeutsamen Wahl war es uns wichtig, auch zum Austausch außerhalb des digitalen Raums anzuregen«, so Willhoff.

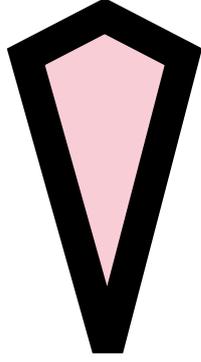
Die Bundestagswahl wurde nach dem Bruch der Regierungskoalition im November 2024 kurzfristig auf den 23. Februar 2025 gelegt. »Wenig Vorlauf für eine große Kampagne«, sagt Willhoff. Trotzdem hatten sich bereits Mitte Januar 500 Orte bundesweit zur Teilnahme angemeldet, und kurz vor der Wahl war die 900er-Marke geknackt. Von der kleinen Bücherei bis hin zu großen Bildungseinrichtungen war alles dabei, auch unerwartete Settings, etwa Arztpraxen, ein McDonald's-Restaurant in Berlin, das Spielemuseum in Chemnitz und ein Fanprojekt des Fußballvereins FC Schalke 04.

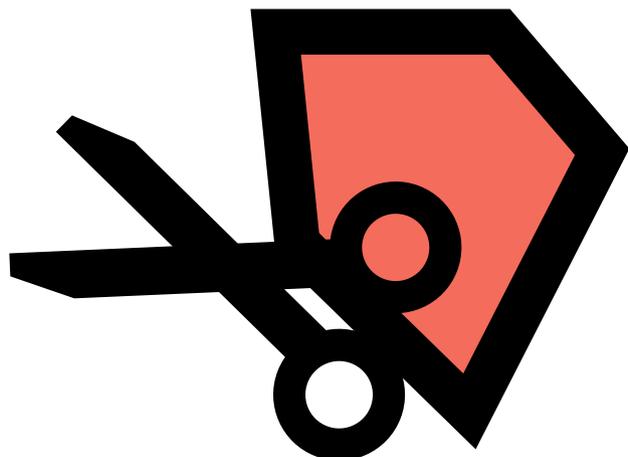


 **Schleswig** 

  **Ebers-
walde**

 **Hannover**

**Neukirchen-
Vluyn**   



Diskussionen im Friseurstuhl

Taibe Qorri ist Mutter zweier Kinder und seit fast 18 Jahren selbstständig als Friseurin. Seit einer Weile engagiert sie sich auch politisch, ist bei Bündnis 90/Die Grünen eingetreten.

Als sie von der Kampagne »Raum für Demokratie« hörte, war ihr sofort klar: »Da will ich mitmachen!« Spontan postete sie ihre Idee in den sozialen Medien und stellte ab Anfang Januar in ihrem Salon in Neukirchen-Vluyn Treffen unter dem Motto »Politik im Friseurstuhl« auf die Beine. Mit kleinen Gruppen: »Ich habe drei Stühle im Salon, und einen für mich. Zu viert kommt jeder gut zu Wort.« An acht Freitagabenden vor der Wahl lud Taibe Qorri zum Austausch ein, mit Snacks und in »Wohlfühlatmosphäre«, sagt sie.

Qorri erzählt begeistert davon: Menschen mit unterschiedlichstem Hintergrund seien zusammengekommen, vom Landwirt bis zur Psychotherapeutin. »Es war ein Safe Space, alle konnten sie selbst sein. Wir haben einfach geredet. Das hat super funktioniert.« In ihrem Beruf habe sie gelernt, aktiv zuzuhören und ein Gespräch am Laufen zu halten. Eines der Treffen habe bis halb eins nachts gedauert. »Die Leute möchten gehört werden, auch Ängste aussprechen. Das kommt sonst oft zu kurz.«

Organisiert hat die Friseurmeisterin die Aktion zwischen Job, Kinderbetreuung und parteipolitischem Engagement. Sie sagt: »Es hat mir großen Spaß gemacht, und ich hoffe, mit dem Format andere zu inspirieren, auch etwas auf die Beine zu stellen.«

Mit Glücksrad und Erbsen für die Demokratie

Anlässlich der vorgezogenen Bundestagswahl wurden natürlich auch Akteurinnen und Akteure, die von jeher in der politischen Bildung aktiv sind, kreativ – und bespielten neue »Räume für Demokratie«. So etwa in der Fußgängerzone der norddeutschen Stadt Schleswig.

Sylke Willig vom »Fachdienst Migrationsmanagement« beim Kreis Schleswig-Flensburg ist Sozialpädagogin und kümmert sich federführend um das Projekt »Partnerschaft für Demokratie«, das im Rahmen des Programms »Demokratie leben!« vom Bundesfamilienministerium gefördert wird. »Als »Raum für Demokratie« dabei zu sein, war perfekt für uns. Wir schließen uns einer Aktion der bpb an, bekommen Materialien und Anregungen, können aber frei entscheiden, was zu uns passt.«

So hat Willig drei Aktionstage in der Wahlwoche organisiert – im »KulturL«, ein ehemaliges Ladengeschäft in der Fußgängerzone von Schleswig, das seit zwei Jahren als Kultur- und Begegnungsraum genutzt wird. Wie Taibe Qorri will auch Sylke Willig Menschen miteinander ins Gespräch bringen. »Es geht nicht nur um Information über die Wahl und das politische System, sondern um Austausch.«

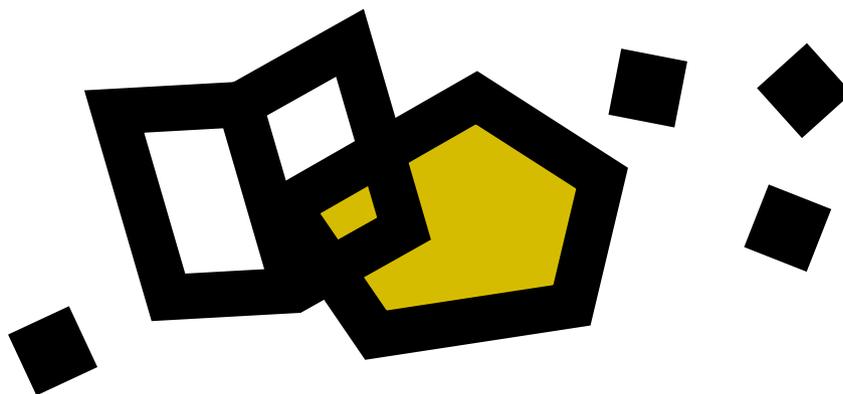
In der Februarkälte stand sie draußen vor dem Laden mit einem Glücksrad und sprach Passantinnen und Passanten an. Drehte jemand die Spielscheibe, stellte Willig Wissensfragen zur Bundestagswahl. »Die Preise waren drinnen abzuholen. So kamen viele rein, die sonst vielleicht vorbeigegangen wären.«

Im »KulturL« warteten dann weitere Mitmach-Aktionen, darunter eine Bastelstation der »Omas gegen Rechts« und interaktive Poster mit Fragen wie: »Du hast eine Flöte. Wem gibst du sie?«, für deren Beantwortung drei Optionen zur Wahl standen: »Dem Kind, das die Flöte geschnitzt hat. Dem Kind, das sonst kein Spielzeug hat. Dem Kind, das Flöte spielen kann.« Antworten konnten die Teilnehmenden, indem sie eine Erbse in ein Glasgefäß für die jeweilige Option warfen. »Das war richtig gut!«, sagt Willig. »Die Leute haben laut überlegt, sich miteinander ausgetauscht.«

Solche einfachen, aber wirkungsvollen Methoden will Sylke Willig auch in Zukunft nutzen. »Der Rechtsruck ist überall spürbar. Zusammenhalt und Gegenworte sind wichtiger denn je«, sagt sie. Um mehr Menschen zu erreichen, will sie auch nach neuen Orten für die Demokratiearbeit suchen: »Wir müssen dorthin, wo die Menschen sind – Supermärkte, Marktplätze und so weiter.«



Alle Räume finden Sie unter:
bpb.de/raum-fuer-demokratie



Politik geht durch den Magen

Gerade außerhalb der Großstädte fehlt es oft an niedrigschwelligem Angeboten kultureller und politischer Bildung. Doch auch hier tut sich etwas.

Annika Grebener engagiert sich bei der Schmatzkammer im brandenburgischen Eberswalde. Der eingetragene Verein existiert seit Ende 2020, hat rund 55 Mitglieder, alle sind ehrenamtlich tätig. Herz des Kulturvereins ist ein Gemeinschafts- und Veranstaltungsraum auf dem Gelände des Gewerbegebietes Rofinpark. »War früher mal eine Frittenbude«, erzählt Grebener und lacht. Vor etwa dreieinhalb Jahren bauten Vereinsmitglieder den alten Imbiss um. Seitdem wird hier gemeinsam gekocht, gequatscht, kreativ gearbeitet; besonders junge Menschen treffen sich hier, doch das Programm ist für alle Interessierten offen und reicht vom Töpferworkshop bis zum politischen Kneipenquiz. Und nun, vor der Bundestagswahl, wurde die Schmatzkammer zum »Raum für Demokratie«.

Annika Grebener entdeckte die Kampagne der bpb auf Instagram – und war sofort begeistert. »Das passt perfekt zu unserer Küfa!«, dachte sie. In der »Küche für alle« bietet der Verein alle zwei Wochen abends gemeinsames Kochen und Essen mit geretteten Lebensmitteln an.

Viel Zeit oder Ressourcen für die Gestaltung des »Raums für Demokratie« hatte Grebener aufgrund der kurzen Vorlaufzeit und neben ihrem Job in der Wissenschaftskommunikation nicht, also setzte sie auf eine interaktive Posterecke. Sie gestaltete im Workshopraum drei Infostationen mit Broschüren aus dem »Demokratie-Kit« der bpb und schrieb auf die drei Poster als Anregung: »Was gibt dir Hoffnung?«, »Politik ist für mich ...« und »Was hast du in letzter Zeit für die Demokratie getan?« Ihr Gedanke dabei: weg von Ängsten, hin zu positiven Ansätzen. In Eberswalde sei die AfD stark, viele junge Menschen fühlten sich angesichts des zunehmenden Rassismus wie gelähmt, erzählt Grebener: »Da waren die Poster eine gute Aktivierung.«

Besonders während der »Küfa« am Donnerstag vor der Wahl wurden die Fragen am Esstisch lebhaft diskutiert. Die Antworten hätten Mut gemacht, sagt Grebener. Viele hatten in den Wochen vor der Wahl demonstriert und sich gesellschaftlich engagiert. »Statt den Fokus auf Ängste zu lenken, wollte ich, dass wir darüber sprechen: Warum ist mir Demokratie wichtig?« Die Poster sollen noch eine Weile hängen bleiben und ergänzt werden, »Politik passiert schließlich nicht nur in der Woche vor einer Wahl«, fügt Annika Grebener hinzu.

Auf einem Bein hüpfen für die Demokratie

Dass Lichtblicke angesichts von Krisen und Ängsten aktuell besonders wichtig sind, fand auch Frederike Schuur. Sie arbeitet in der kleinen Buchhandlung »Sternschnuppe« in Hannover-Großbuchholz und unterrichtet außerdem in Jugendintegrationskursen. »Ein guter Buchladen tut mehr, als nur Bücher zu verkaufen«, sagt sie. »Er bringt Menschen zusammen.« Die »Sternschnuppe« wurde bereits mehrfach mit dem Deutschen Buchhandlungspreis ausgezeichnet.

Wenn sie samstags hinter der Ladentheke stehe, sagt Frederike Schuur, unterhalte sie sich oft ausführlich mit den Kundinnen und Kunden – über Literatur, das Weltgeschehen, das Leben. Perfekte Voraussetzungen für einen »Raum für Demokratie«. Schuur richtete in der Buchhandlung ein »Demokratiefenster« ein – mit Büchern zu gesellschaftspolitischen Themen und einem Spiel aus dem »Demokratie-Kit« der bpb. »Das Spiel war für Kinder gedacht, aber auch Erwachsene hatten Spaß – man lernt etwas über Politik, auf lustige Weise. Zwischendurch muss man auf einem Bein durch den Laden hüpfen, das hat für gute Stimmung gesorgt.«

Außerdem hängte sie zwei Poster zur Reflexion demokratischen Handelns auf, unter anderem mit der Frage »Was hast du letzte Woche für die Demokratie getan?« und vielen Antwortmöglichkeiten – darunter auch vermeintlich Alltägliches, etwa »Ich habe einen Streit geschlichtet« oder »Ich war freundlich«. »Sich das klarzumachen, tat den Leuten gut!«, sagt Schuur. Und es soll weitergehen – vielleicht mit einer Schnitzeljagd zur Demokratie. Ideen hat sie genug, damit die »Sternschnuppe« ein Ort des Austauschs bleibt.

Die Kampagne der bpb endete mit dem Wahlabend am 23. Februar: Im bpb-Medienzentrum in Bonn – selbst ein »Raum für Demokratie« – verfolgten Interessierte gemeinsam auf einer großen Leinwand die Live-Berichterstattung über die Bundestagswahl. In einem Rückblick stellte Pressereferentin Lea Willhoff einige der vielfältigen Aktionen im Rahmen der bpb-Kampagne vor.

Doch auch nach der Wahl und dem Ende der Kampagne bleibt etwas. Lea Willhoff sagt: »Viele Institutionen haben Interesse bekundet, dauerhaft mit ihren Aktionen weiterzumachen. Es freut uns sehr, wenn unsere Kampagne dafür den Anstoß geben konnte.« Damit Demokratie lebendig bleibt, braucht es einen unkomplizierten, direkten persönlichen Austausch über politische Themen, eben nicht nur in Zeiten direkt vor Wahlen, sondern immer. An je mehr Orten, desto besser. Ganz egal, ob beim Friseur, in der Fußgängerzone, im Vereinsraum oder in der Buchhandlung.

So ist es, ich zu sein: Wahlhelfer

Carsten ist 31 und bald schon zum neunten Mal im Wahllokal im Einsatz. Dabei kann er einen Blick hinter die Kulissen der Demokratie werfen.

→ Protokoll Mirjam Ratmann → Foto Hannes Jung

Meinen ersten Einsatz als Wahlhelfer hatte ich bei der Bundestagswahl 2013. Damals war ich 20, gerade frisch an der Uni und wollte mich politisch engagieren. Doch ich habe mich bei keiner Partei zu Hause gefühlt. Wahlen fand ich aber schon immer spannend, gerade weil ich geschichtlich sehr interessiert bin. Man muss sich mal überlegen, was Menschen für das allgemeine Wahlrecht alles geleistet haben. Eigentlich ist es eine Pflicht, wählen zu gehen.

Bereits meine Eltern haben mir vermittelt, wie wichtig das Wahlrecht ist. Am Wahlsonntag haben sie mit mir und meinem Bruder einen Spaziergang zum Wahllokal gemacht. Während meine Eltern gewählt haben, standen wir vor der Wahlkabine. Ihnen war wichtig, dass wir früh lernen, wie eine geheime Wahl abläuft.

Für mich stellte sich auch nie die Frage, ob ich wählen gehe oder nicht. Schließlich ist es ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Als Wahlhelfer kann ich einen Blick hinter die Kulissen werfen und aktiv daran mitwirken, dass demokratische Prozesse geregelt ablaufen. Außerdem kann

ich mich politisch engagieren, ohne viel Zeit und Energie investieren zu müssen.

Die Schicht im Wahllokal beginnt zwischen 7 und 7.30 Uhr. Vor meiner ersten Wahl war ich aufgeregt, weil ich nicht wusste, was mich erwartet, aber mit wildfremden Menschen im Team funktionieren musste.

Je nach Position hat man unterschiedliche Aufgaben: Der Wahlvorstand leitet das Team sowie alles rund um die Stimmabgabe: Er oder sie eröffnet und schließt offiziell das Wahllokal, steht an der Urne, wenn der Wahlzettel eingeworfen wird, und koordiniert das Auszählen. Als Schriftführer überblickt man das Verzeichnis der Wählerinnen und Wähler, setzt einen Haken, wenn jemand wählt und notiert bei der Auszählung die Ergebnisse. Beisitzerinnen geben die Wahlzettel aus und helfen beim Auszählen. Alle Beteiligten erhalten eine kleine Aufwandsentschädigung für ihr Engagement. Außerdem legt man den Eid ab, die Wahl neutral durchzuführen: Politische Äußerungen oder Wahlempfehlungen sind verboten.

Schon bei meiner ersten Wahl habe ich gemerkt, dass mir die Rolle als Beisitzer zu langweilig ist. Ich wollte mehr Verantwortung übernehmen. Seitdem war ich jedes Mal Schriftführer oder Wahlvorsteher. Nach der Auszählung fährt die Wahlvorsteherin, je nach Kommune auch gemeinsam mit Stellvertretung oder Schriftführer, den Koffer mit Stimmzetteln, Wahlscheinen, Wahlbenachrichtigungen und dem Protokoll zum Rathaus oder der Gemeindebehörde. Dort nimmt ihn jemand vom Wahlamt entgegen und checkt, ob alles korrekt aufgeschrieben wurde, welche Stimmen man für ungültig erklärt hat und ob die Zahlen stimmen.

Die Wahlen sind gut vor Fehlern oder gar Manipulation geschützt: Sie sind öffentlich, das heißt, alle haben das Recht, im Wahllokal die Stimmabgabe und das Auszählen zu beobachten. Dafür muss man sich auch nicht anmelden. Beim Auszählen gilt das Vieraugenprinzip, und am Ende wird die Anzahl der Wahlzettel und abgegebenen Stimmen mit dem Verzeichnis der Wählerinnen und Wähler abgestimmt. Fehler fallen





da schnell auf. Und es schreckt ab, dass man sich bei Manipulation strafbar macht. Für Wahlbetrug kann man sogar eine Freiheitsstrafe bekommen.

Manchmal kann es bei der Auszählung stocken. Bei der Bundestagswahl muss man zum Beispiel erst die Zweit-

schon nach 40 Minuten mit dem Auszählen durch waren. Danach haben wir mit einem Schnaps angestoßen.

Gerade das macht das Wahlhelfersein so besonders: Man trifft Menschen, die man sonst nie treffen würde. Am Wahltag sieht man einen groben Schnitt der

nicht darauf eingehen. Man sagt maximal so was wie »Das werden wir dann heute Abend sehen« und hofft, dass die Person schnell geht. Die Leute bedanken sich weitaus häufiger, als dass sie einen anpöbeln. Ein „Danke für eure Arbeit“ freut mich immer sehr.

Durch mein Engagement habe ich gelernt, wie gut Wahlen bei uns organisiert sind. Das System funktioniert so gut, dass im Verlauf des Wahlabends im Fernsehen, Radio, Internet und auf Social Media ein verlässliches Ergebnis verkündet werden kann. Ich habe großen Respekt vor all den Menschen, die diese logistische Leistung möglich machen.

Bei der Bundestagswahl im Februar bin ich zum neunten Mal Wahlhelfer. Da die meisten oft älter als 40 sind, bin ich weiterhin einer der Jüngsten. Aber wahrscheinlich werde auch ich das in 30 Jahren noch machen.

Der Text erschien am 03.02.2025 auf fluter.de.

»Durch mein Engagement habe ich gelernt, wie gut Wahlen bei uns organisiert sind.«

stimmen und dann die Erststimmen auszählen. Da kann es schon mal passieren, dass sich jemand verzählt. 2013 mussten wir dreimal nachzählen, bis die Anzahl der Stimmen mit der Anzahl der Wählerinnen und Wähler des Wahllokals übereinstimmte. Dreieinhalb Stunden hat das gedauert. Spätestens nach der vierten Wahl in gleicher Zusammensetzung lief bei uns aber alles wie ein Uhrwerk, so dass wir bei der Europawahl 2019

Gesellschaft und hat Kontakt mit Menschen aus ganz anderen sozialen Bubbles. Auch wenn es nur kurze Begegnungen sind, lernt man, damit umzugehen. Das schult die sozialen Fähigkeiten.

Manchmal sind diese Begegnungen unangenehm. Es gibt Menschen, die sich bei der Wahl abfällig zu Parteien oder bestimmten Politikerinnen und Politikern äußern. Das hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Trotzdem darf man

Politische Bildung für alle!

Ob Veranstaltungen, Bücher, Zeitschriften, didaktische Materialien oder die Online-Angebote der bpb: Eine aktuelle Auswahl aus dem vielseitigen Programm finden Sie auf den nächsten Seiten.

Viel Spaß beim Stöbern und Entdecken!

Veranstaltungen
S. 42–43

Online-Angebote
S. 44–45

Publikationen
S. 46–49

bpb: veranstaltungen

bpb.de/veranstaltungen

APRIL

2. – 3.4. // München

Fachtagung

Die radikale Rechte in Deutschland nach 1945

Für Wissenschaftler/-innen in den Bereichen Rechtsradikalismus/Rechtsextremismus

→ martin.langebach@bpb.de

4. – 5.4. // Fulda

Netzwerkveranstaltung

Engagierte Nachbarschaft(en): Zusammenhalt und Demokratie lokal stärken

Für nachbarschaftlich Engagierte, Preisträgerprojekte des Deutschen Nachbarschaftspreises

→ bpb.de/engagierte-nachbarschaft

kirsten.muench@bpb.de

29.4. // Online

Workshop

Aufsuchen oder heimsuchen? Praxis politischer Bildung in der Grenzregion von Bildung und Sozialer Arbeit

Für Politische Bildner/-innen, Fachkräfte aus der Sozialpädagogik, Multiplikator/-innen

→ simon.lengemann@bpb.de

MAI

4.5. // Bonn

Podiumsgespräch

Diskurs der Zumutungen – mit Jazz, Dada und moderner Kunst den (Un)Sinn der Welt erfassen

Für interessierte Bürger/-innen

→ goetz.lehmann@bpb.de

5. – 6.5. // Köln

Fachtagung

Das Rad neu erfinden? – Islamismus und Prävention in Krisenzeiten

Für Multiplikator/-innen, Mitarbeitende in der schulischen und außerschulischen Jugendbildung und der Erwachsenenbildung

→ bpb.de/islamismustagung25

veranstaltung-fbi@bpb.de

5. – 8.5. // Berlin

Geschichtsfestival

histoCON 2025

Für junge historisch Interessierte aus aller Welt (18–27 Jahre)

→ bpb.de/histocon

histocon@bpb.de

7. – 9.5. // Berlin

Konferenz

80 Jahre Kriegsende: Jüdische Perspektiven auf Neuanfänge in Deutschland und Europa der Nachkriegszeit

Für Lehrende, Wissenschaftler/-innen, Multiplikator/-innen, Studierende und Medienschaffende

→ martina.bitunjac@uni-potsdam.de

20. – 24.5. // Berlin

Kongress

Jugendengagementkongress

Für junge Engagierte (16–23 Jahre)

→ juko-engagiert.de

juko-engagiert@bpb.de

23.5. // Berlin

Festakt

Festakt am Tag des Grundgesetzes mit Auszeichnung der Botschafter/-innen für Demokratie und Toleranz

Für Multiplikator/-innen, zivilgesellschaftlich Engagierte und die interessierte Öffentlichkeit

→ bpb.de/festakt

festakt@bpb.de

JUNI

1. – 7.6. // Gera und Erfurt

Filmfestival

33. Deutsches Kinder Medien Festival Goldener Spatz

Für Kinder, Jugendliche, Filmschaffende, Multiplikator/-innen, Lehrkräfte

→ goldenerspatz.de

imhof@goldenerspatz.de

1. – 3.6. // Gera

Offene Medienwerkstatt und Workshops

Pop-Up-Medienwerkstatt 2025 im Rahmen des 33. Deutschen Kinder Medien Festivals Goldener Spatz

Für Kinder und Jugendliche

→ goldenerspatz.de/festival/

pop-up-medienwerkstatt

leoni.schwan@bpb.de

26. – 27.6. // Stuttgart

Podiumsdiskussionen auf Filmfestival

DOKVILLE 2025 – Warum rückt unsere Gesellschaft nach rechts? Dokumentarische Positionen

Für Filmschaffende

→ dokville.de

valentin.wutke@bpb.de

JULI

1.7. // Online

Workshop

In welcher Welt wollen wir zusammenleben? – Methoden für politische Bildung rund um die gemeinsame Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft

Für politische Bildner/-innen, Fachkräfte aus der Sozialpädagogik, Multiplikator/-innen, Interessierte

→ bpb.de/in-welcher-welt

simon.lengemann@bpb.de

2. – 4.7. // Mannheim

Summer School

Summer School TikTok – Extremismusprävention auf TikTok

Für Multiplikator/-innen aus den Bereichen politische Bildung und Extremismusprävention

→ andre.hagemeier@bpb.de

SEPTEMBER

10. – 12.9. // Hameln

Seminar

69. Bundesweites Gedenkstättenseminar

Für Mitarbeitende von Gedenkstätten und Dokumentations- und Informationseinrichtungen, Lehrende, Historiker/-innen, Studierende

→ veranstaltungen-fbd@bpb.de

23.9. // Online

Workshop

Politische Bildung in der Arbeitswelt – Chancen und Herausforderungen eines jungen Feldes

Für politische Bildner/-innen, Fachkräfte aus der Sozialpädagogik, Multiplikator/-innen, Interessierte

→ simon.lengemann@bpb.de

VERANSTALTUNGSREIHEN

11.2. – 25.11. // Online

Veranstaltungsreihe

It's all about the money?! – Grundlagen und Praxis außerschulischer sozioökonomischer Bildung

Für politische Bildner/-innen, Fachkräfte aus der Sozialpädagogik, Multiplikator/-innen, interessierte Öffentlichkeit

→ simon.lengemann@bpb.de

26.3. – 7.5. // Kiel

Podiumsgespräche

im Rahmen der bpb-Filmreihe »Jung und radikal«

»Wir sind jung. Wir sind stark«

»Und morgen die ganze Welt«

»How to Blow Up a Pipeline«

»Olfas Töchter«

Für alle Bürger/-innen

→ bpb.de/jung-und-radikal

valentin.wutke@bpb.de

AUSSTELLUNGEN

13.3. – 21.5. // Bad Segeberg

Wanderausstellung

»abgestempelt – Judenfeindliche Postkarten«

Für Jugendliche, Lehrkräfte, interessierte Bürger/-innen

→ bpb.de/abgestempelt

ausstellungen@bpb.de

WEITERES

16. – 25.10. // Leipzig

Festival

Politik im Freien Theater

Für Leipziger Bürger/-innen, freie Theatergruppen, Fachpublikum aus den Bereichen Theater, Kultur, Politik und Bildung,

Studierende, Schulen

→ bpb.de/pift2025

politikimfreientheater@bpb.de



© Indie Arena Booth 2024, Rolf Otzjka

»Games for Democracy« auf der Gamescom 2025

Die bpb präsentiert vom 20.08 – 24.08.2025 in Köln eine kuratierte Auswahl an Indie-Games zum Thema Demokratie.

Der Stand »Games for Democracy« wird Teil der »Indie Arena Booth«, eines Gemeinschaftsstandes für unabhängige Game-Entwicklungsstudios.

bpb.de/gamescom




Online-Dossiers (Auswahl)

Online-Dossiers, Erklärvideos und Infografiken: Auf bpb.de beantworten wir Fragen rund um Politik, Gesellschaft und Zeitgeschichte.



© New Line Cinema

Politik und Gesellschaft im Fantasyfilm

Fantasyfilme reflektieren in ihren alternativen Weltentwürfen auch die Realität. Das Dossier beschäftigt sich mit den gesellschaftspolitischen Dimensionen des Genres.

bpb.de/lernen/filmbildung/fantasyfilm



© picture alliance / NuPhoto | Jukka Pongyeli

NATO – Nordatlantikpakt

Am 4. April 1949 wurde die NATO gegründet. Das Grafikdossier widmet sich der Geschichte und Funktionsweise des Bündnisses.

bpb.de/nato



© picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Michael Probst

Rechtspopulismus

Als politische Kampfvokabel dient die Bezeichnung »Populist« auch der Diffamierung des Gegners. Doch gibt es Kriterien, mit denen die Politikwissenschaft versucht, das Phänomen des Rechtspopulismus möglichst trennscharf abzugrenzen.

bpb.de/rechtspopulismus



© picture alliance / CFCO

Geopolitik und Welthandel

Die Geopolitik beeinflusst den globalen Handel aktuell massiv. Wie können sich Deutschland und Europa in dieser Lage unabhängiger machen? Das Spezial gibt einen Überblick zur Lage der Globalisierung.

bpb.de/geopolitik-und-welthandel


Filme in der Mediathek (Auswahl)

In der bpb-Mediathek finden Sie Erklärfilme, Dokumentationen, Reportagen – und sogar Spielfilme. Unsere Highlights: bpb.de/film-highlights



© Salzgeber & Co. Medien GmbH

Mein Krieg

Ehemalige Wehrmachtssoldaten kommentieren ihre Filmaufnahmen vom Überfall auf die Sowjetunion 1941. Eine vielschichtige Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus.

bpb.de/meinkrieg



© 2020 COESGO Film-Fernsehproduktion

Einzeltaeter: Hanau

Teil 3 der Dokumentarfilm-Reihe von Julian Vogel. Nach dem rassistisch motivierten Anschlag in Hanau am 19. Februar 2020, bei dem sechs der neun Opfer starben, versuchen Angehörige und Freunde der Opfer, gemeinsam mit den Folgen der Tat umzugehen.

bpb.de/einzeltaeter-hanau


Werkstatt recherchiert

Das Reel-Format bespricht Trends und neue Entwicklungen der digitalen Bildung und erklärt Hintergründe. Es vermittelt Ideen für Unterricht und außerschulische Bildung und stellt nützliche Tools oder Accounts vor.

bpb.de/werkstatt-reels



© 2021 Salzgeber & Co. Medien

Die Wismut

Volker Koepp porträtiert eine geschundene Landschaft und Menschen, die mit Würde, Stolz und Trauer auf 40 Jahre Arbeit im Bergbauunternehmen Wismut zurückblicken.

bpb.de/die-wismut


kurz & knapp (Auswahl)

Auf bpb.de finden Sie Lexika und Gesetzestexte zu Grund- und Fachbegriffen aus Politik und Wirtschaft sowie über 300 Info- und Themengrafiken zu verschiedenen Themengebieten.


Hintergrund aktuell

Wöchentlich greifen Texte und Interviews politische Ereignisse auf, zeigen die Konflikte hinter den Schlagzeilen und liefern entscheidende Fakten für ihr Verständnis.

bpb.de/hintergrund-aktuell


Zahlen und Fakten

Wie funktioniert Politik? Unsere Info- und Themengrafiken machen komplexe Zusammenhänge verständlich.

bpb.de/zahlen-und-fakten


Die Berliner Mauer

Diese App macht die Geschichte der Berliner Mauer erlebbar: von Mauerbau bis Mauerfall, mit Fotos, Videos, Texten, Tondokumenten und geführten Mauer Touren.

bpb.de/berliner-mauer-app


HanisauLand-App

HanisauLand ist das crossmediale Angebot der bpb für Kinder zwischen 8 und 14 Jahren. Die App bietet Comics, Spiele und Informationen zu Politik und Gesellschaft.

hanisauland.de/info-app-hanisauland


Apps (Auswahl)

Politische Bildung to go: Unsere Apps für Smartphone und Tablet machen Politik erlebbar. Überzeugen Sie sich selbst: bpb.de/apps

Webvideo-Formate (Auswahl)

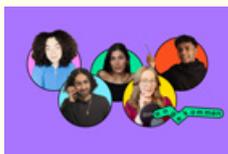
Bereits seit 2012 sind wir im Social Web und auf YouTube mit Eigen- und Kooperationsprojekten unterwegs. Hier gibt es eine Übersicht, Hintergrundinfos und Materialien zu den Webvideo-Formaten: bbp.de/bewegtbild



→ #WirImIslam

Fünf TikTok-Creator/-innen teilen in acht Videos ihre Erfahrungen und Wahrnehmungen rund um die Themen Selbstbestimmung und Meinungsvielfalt in Bezug auf ihren Glauben.

bbp.de/wirimislam



→ angekommen

Wie ist es in Deutschland angekommen? Welche Erfahrungen machen Geflüchtete? Acht Videos geben Einblicke in das Leben und die Herausforderungen Geflüchteter in Deutschland.

bbp.de/angekommen



→ @generation_klartext

Der TikTok-Kanal generation_klartext beschäftigt sich mit Fragen rund um Rechtsextremismus. Es geht darum, wie dieser aussehen kann, wie gefährlich er ist und wie man ihm begegnen kann. Zu finden auf TikTok unter @generation_klartext.



→ For Your Disinformation

In der Quizshow von Rocket Beans TV treten je zwei bekannte Gäste gegeneinander an und stellen sich der Aufgabe, in zehn Spielrunden Informationen von Desinformationen zu unterscheiden.

bbp.de/fyi

Podcasts (Auswahl)

Mit unseren Podcasts und Hörspielen tauchen Sie tief ein in aktuelle und historische Themen.

Jetzt Reinhören: bbp.de/podcasts



→ Taking the Red Pill

Im neuen Podcast »Taking the Red Pill – Einstiegsdroge Antifeminismus« geht es um die Fragen, was Antifeminismus eigentlich bedeutet, gegen wen er sich richtet und warum er die Demokratie gefährdet.

bbp.de/antifeminismus



→ APuZ

Im APuZ-Podcast geht es in jeder Folge um ein aktuelles Thema – mit Hintergründen und Einblicken, wissenschaftlich fundiert, kontrovers und überraschend.

bbp.de/apuz-podcast



→ Schere, Stein, Politik

In dem Podcast gehen die Volontärinnen und Volontäre der bpb den Dingen des Alltags auf den Grund und finden heraus, was diese mit Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu tun haben.

bbp.de/schere-stein-politik



→ Exil

Basierend auf Sammlungen aus dem Archiv des Leo Baeck Institute erzählt der Podcast zwölf Geschichten deutschsprachiger Jüdinnen und Juden aus der Zeit des Nationalsozialismus.

bbp.de/exil

Weitere Online-Angebote (Auswahl)

Auch jenseits von bpb.de setzen wir uns online mit Politik auseinander – mal kindgerecht, mal für Jugendliche, mal mit dem Fokus auf ganz besondere Themen.

kinfenster.de

→ kinofenster.de

kinofenster.de ist das Filmbildungsportal der bpb. Es bietet Filmgesprächen und Materialien zur Filmbildung inner- und außerhalb des Unterrichts.

kinofenster.de



→ wahl-o-mat.de

Seit 2002 gibt es den Wahl-O-Mat der bpb. Er hat sich zu einer festen Informationsgröße im Vorfeld von Wahlen etabliert.

wahl-o-mat.de

fluter.

→ fluter.de

»fluter« ist das Jugendmagazin der bpb. Es beleuchtet Hintergründe und Diskussionen, liefert Argumente, zeigt Menschen und ihre Erfahrungen – aktuell und informativ.

fluter.de

euro|topics

→ eurotopics.net

Ein Thema – viele Meinungen: »euro|topics« gibt einen täglichen Überblick über aktuelle politische Debatten in mehr als 500 europäischen Print- und Online-Medien.

eurotopics.net

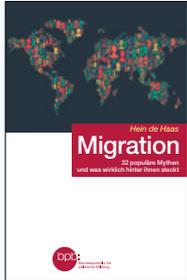
bpb: publikationen | Neuerscheinungen

bpb.de/shop

Bestellnummern (z. B. 10410) sind jeweils kursiv gesetzt.

Schriftenreihe

Die *Schriftenreihe* bietet ein breites Themenspektrum aus Zeitgeschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt, Bildung und Kultur. Sie setzt auf drei Ebenen an: der Vermittlung von Wissen, der Begleitung aktueller gesellschaftlicher Diskurse und der Befähigung zur Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Prozessen.



Migration. 22 populäre Mythen und was wirklich hinter ihnen steckt

Hein de Haas

Kaum ein Thema polarisiert so sehr wie das der Zuwanderung. Der Migrationsforscher Hein de Haas blickt nüchtern und faktengestützt darauf – und stellt verbreitete Vorurteile infrage.

2025 | 11179 | 5 €



Putins Gift. Russlands Angriff auf Europas Freiheit

Gesine Dornblüth/Thomas Franke

Nicht allein mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine bedroht Russland die Freiheit und Selbstbestimmung souveräner Staaten. Auch nichtmilitärische Mittel finden Anwendung, wie das Buch zeigen will.

2025 | 11194 | 5 €



Der Tag, an dem ich sterben sollte. Wie der Terror in Hanau für immer verändert hat

Said Etris Hashemi

Am 19. Februar 2020 ermordet ein rechtsextremer Täter in Hanau neun Menschen aus rassistischen Motiven. Said Etris Hashemi verliert an diesem Tag seinen Bruder und wird selbst schwer verletzt.

2025 | 11152 | 5 €



Müll. Eine schmutzige Geschichte der Menschheit

Roman Köster

Wo Menschen sind, ist auch Müll. Auch frühere Generationen waren erfinderisch im Umgang mit ihm – Recycling ist keine Erfindung der Moderne – im Gegenteil, wie Roman Kösters Blick in die Geschichte zeigt.

2025 | 11173 | 7,50 €



Der Nahostkonflikt. Geschichte, Positionen, Perspektiven

Muriel Asseburg/Jan Busse

Seit Jahrzehnten dauert der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern sowie einigen Nachbarstaaten an. Dieser Band gibt einen kompakten Überblick über die historischen Entwicklungen.

2025 | 11188 | 5 €



Nicht einen Schritt weiter nach Osten. Amerika, Russland und die wahre Geschichte der Nato-Osterweiterung

Mary Elise Sarotte

Wie verliefen die Verhandlungen zwischen Russland und dem Westen, vom Mauerfall bis zu Putins Machtantritt, ab? Mary Elise Sarotte leuchtet die Hintergründe und den Ablauf der NATO-Osterweiterung aus.

2025 | 11169 | 5 €



Toxische Weiblichkeit

Sophia Fritz

Sophia Fritz zeigt die Wirkmächtigkeit weiblicher Rollenbilder auf und legt dar, wie diese zur Aufrechterhaltung patriarchaler Strukturen beitragen.

2025 | 11174 | 5 €



Verdrängt. Die Erinnerung an die nationalsozialistischen »Euthanasie«-Morde

Jörg Skriebeleit/Winfried Helm (Hrsg.)

Die Ermordung psychisch kranker und geistig behinderter Männer, Frauen und Kinder waren die ersten Massentötungen des NS-Regimes. Der Band blickt eindrücklich auf die Verbrechen, ihre Opfer und deren Verfolgungsgeschichte.

2025 | 11157 | 7,50 €

Zeitbilder

Die *Zeitbilder* stellen historische, gesellschaftliche und kulturelle Themen anschaulich und lebensnah dar. Sie machen neugierig auf das, was in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in Deutschland und der EU diskutiert und entschieden wird.



→ Sozialbericht 2024

BiB/WZB/Destatis (Hrsg.)

Der Sozialbericht informiert über die gesellschaftlichen Entwicklungen und die Lebensverhältnisse in Deutschland mit statistischen Daten und sozialwissenschaftlichen Analysen. Online-Fassung verfügbar unter: sozialbericht.de

2024 | 3914 | 5 €



→ Shaping the Past (DE/EN/ES)

Paul M. Farber/Patricia Eunji Kim (Hrsg.)

Als vielschichtiger Schnappschuss von transnationalen Debatten zeigt der dreisprachige Band Möglichkeiten des zivilgesellschaftlichen Umgangs mit umstrittenen Denkmälern und Geschichtsbildern.

2024 | 3913 | 7,50 €



→ Nationalsozialismus. Aufstieg – Macht – Niedergang – Nachgeschichte

Gerhard Paul/Michael Wildt

Gerhard Paul und Michael Wildt schildern den Nationalsozialismus als Gesellschafts- und Mediengeschichte. Deren Bild- und Tonwelten erschließen der reich bebilderte Band und eine innovative App.

2023 | 3910 | 7,50 €



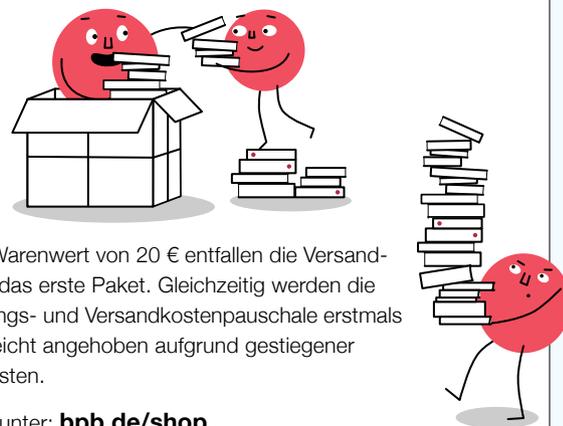
→ Die deutsche Demokratie

Frank Decker

»Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus«, heißt es im Grundgesetz. Welche Instanzen und Mechanismen sichern diesen Grundsatz? Und wie hat sich das Regierungssystem gewandelt?

2022 | 3909 | 5 €

Neuerungen im Shop



Ab einem Warenwert von 20 € entfallen die Versandkosten auf das erste Paket. Gleichzeitig werden die Bereitstellungs- und Versandkostenpauschale erstmals seit 2015 leicht angehoben aufgrund gestiegener Vertriebskosten.

Mehr Infos unter: bpb.de/shop

Schriftenreihe für Kinder

Das Buchangebot für Kinder zwischen vier und zehn Jahren bietet vielfältige Themen rund ums demokratische Miteinander – und eine Menge Lesespaß. Die Reihe will Wissen vermitteln, aktuelle Fragen kindgerecht aufgreifen und junge Menschen in der Wahrnehmung ihrer Teilhabemöglichkeiten stärken.



→ Zari und Nivaan

Kilian Leybold/Nour Altouba

Die Familie von Zari und Nivaan muss plötzlich ihre Heimat verlassen und fliehen, denn der Krieg zieht in ihre Stadt ein. Das Erstlesebuch widmet sich dem Thema Flucht kindgerecht und einfühlsam. Es erzählt von familiärem Zusammenhalt im Angesicht von Furcht und Ungewissheit.

2025 | 11160 | 3 €

Pocket

Die Länderporträts im *Pocket*-Format bieten einen Einstieg in Geschichte, Politik und Gesellschaft eines Landes – handlich und für jede Reisetasche geeignet.



→ Pocket Polen

Thomas Tenzler

Zwei von drei Deutschen haben noch keinen Schritt in ihr östliches Nachbarland getan. Warum das ein Versäumnis ist und was man sonst noch über Polen wissen sollte, legt Thomas Tenzler dar.

2024 | 2567 | 5 €

bbp: zeitschriften | didaktische materialien | dvds

bpb.de/shop

Bestellnummern (z. B. 10410) sind jeweils kursiv gesetzt.

Aus Politik und Zeitgeschichte (kostenlos)

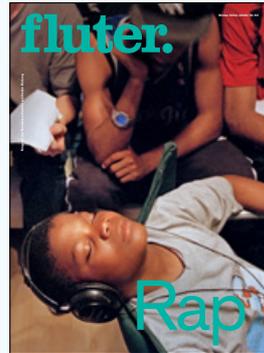


APuZ erscheint seit 1953 als Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Jede Ausgabe nimmt jeweils ein Thema aus verschiedenen Perspektiven in den Blick.

Zuletzt erschienen:

- **Anthropozän** (2025) | 72514
- **Investitionen (neu gelesen)** (2025) | 72513
- **Bandung-Konferenz** (2025) | 72512
- **Infrastruktur** (2025) | 72510
- **Sanktionen** (2025) | 72508

fluter (kostenlos)



»fluter« ist das Jugendmagazin der bpb. Es beleuchtet Hintergründe und Diskussionen, liefert Argumente, zeigt Menschen und ihre Erfahrungen.

Zuletzt erschienen:

- **Rap** (2024) | 5893
- **Verkehr** (2024) | 5892
- **Streiten** (2024) | 5891
- **Barrieren** (2024) | 5890
- **Liebe** (2023) | 5889

Informationen zur politischen Bildung (kostenlos)



Die »Informationen zur politischen Bildung« sind ein bpb-Klassiker – nicht nur im Unterricht. Die »schwarzen Hefte« erscheinen vierteljährlich und sind kostenlos bestellbar.

Zuletzt erschienen:

- **Bundestagswahl 2025** (2025) | 4362
- **Demokratie** (2025) | 4361
- **Steuern und Finanzen** (2024) | 4360
- **Grundrechte** (2024) | 4359

Info aktuell (kostenlos)



Die kleine Schwester der »Informationen zur politischen Bildung«. Sie wird als kurze, informative Sonderausgabe zu aktuellen und für den Politikunterricht relevanten Fragen veröffentlicht.

Zuletzt erschienen:

- **Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024** (2024) | 4041
- **Geschichtskultur im Unterricht** (2023) | 4040
- **Katar** (2022) | 4039

Themen und Materialien



Die Ausgaben der Reihe bieten eine umfassende Sammlung von Arbeitsmaterialien zu größeren Themenbereichen für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit.

Zuletzt erschienen:

- **Wirtschaft – plural** (2024) | 2497 | kostenlos
- **Das Wesen der Erfahrung** (2023) | 2496 | kostenlos

Themenblätter im Unterricht (kostenlos)



Die Arbeitsblätter für ein bis zwei Doppelstunden zu aktuellen Themen aus Politik und Gesellschaft sind gedruckt, als ausfüllbare PDFs und als offene Dateien nutzbar.

Zuletzt erschienen:

- **Extra/Bundestagswahlen** (2025) | 5781
- **Pflichtdienst für alle?** (2024) | 5726
- **Einsam in Gesellschaft** (2024) | 5725

Thema im Unterricht/Extra (kostenlos)



Die Mappen behandeln auf 20 bis 36 Arbeitsblättern grundlegende Themen für den gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht und sind auch als ausfüllbare PDFs verfügbar.

Zuletzt erschienen:

- **Europa für Einsteiger** (2023) | 5306
- **Medien für Einsteiger** (2022) | 5480
- **Was heißt hier Demokratie?** (2020) | 5399

Spicker (kostenlos)



Das Lexikon zum Selberbasteln! Alle wichtigen Informationen zu grundlegenden Themen aus Politik und Gesellschaft zusammengefasst auf einer DIN-A4-Seite.

Zuletzt erschienen:

- **Nationale Minderheiten** (2024) | bpb.de/556184
 - **DDR** (2024) | bpb.de/552626
 - **Sammelheft Spicker 2023–2024** | 5780
- Alle Spicker: bpb.de/spicker

Falter und Zeitleisten (kostenlos)



Die Falter und Zeitleisten im großen A0-/A1-Format bereiten auf einen Blick politische und historische Themen lebendig und verständlich auf.

Zuletzt erschienen:

- **Zeitleiste 18. bis 21. Jahrhundert: Wahlrecht in Deutschland** (2025) | 5434
- **Falter Extra: Das parlamentarische System nach dem Grundgesetz** (2024) | 5447

einfach POLITIK (kostenlos)



Die Hefte und Hörbücher erklären Politik in einer einfachen Sprache. Sie sind verständlich für alle – auch für Menschen, denen das Lesen schwerfällt oder die Deutsch lernen.

Zuletzt erschienen:

- **einfach POLITIK: Zusammenleben und Diskriminierung** (2024) | 9712
- **einfach POLITIK: Bundestagswahl 2025** (2024) | bpb.de/329420
- **einfach POLITIK: Europa. Ein Heft über die EU** (2024) | 9711

HanisauLand



»HanisauLand« ist ein multimediales Angebot für Kinder und Jugendliche im Alter von 8 bis 14 Jahren: Information, Interaktion, Unterhaltung und Materialien für die Schule.

Zuletzt erschienen:

- **Zusammen leben in Deutschland** (Arbeitsheft für Schüler/-innen, Begleitheft für Lehrer/-innen verfügbar) (2017) | 5625 | kostenlos
- **Schule in Deutschland** (Arbeitsheft für Schüler/-innen) (2016) | 5623 | kostenlos

WAS GEHT? (kostenlos)



Die Hefte zeigen Jugendlichen, wo überall in ihrem Alltag Politik steckt. Das Begleitheft für Pädagog/-innen bietet Anregungen für die Arbeit mit dem Heft im Unterricht.

Zuletzt erschienen:

- **Das Heft über Flucht und Asyl** (2024) | 9681
- **Das Heft über Social Media** (2023) | 9679
- **Das Heft über Tiere, Menschen und Umwelt** (2022) | 9677

Materialien zu Webvideo-Formaten (kostenlos)



Wie lassen sich Webvideos im Bildungskontext einsetzen? Verschiedene Materialien bieten thematische Zugänge sowie passgenaue Module zum Einsatz im Unterricht.

Zuletzt erschienen:

- **Bewegtbildung denken – Beiträge zu Webvideo und politischer Bildung im Social Web** (2019) | bpb.de/291111
- **Begriffswelten Islam** (2019) | 9657

DVDs

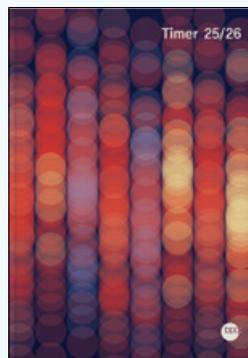


Dokumentarfilme und Dramaserien, Lern-DVDs oder Filmklassiker. Das und noch viel mehr bietet die bpb auf DVD. Darüber hinaus gibt es CD-ROMs und Hörbücher auf CD.

Zuletzt erschienen:

- **Waldheims Walzer** (2020) | 1982 | 7,50 €
- **Somme. Filmische Propaganda im Ersten Weltkrieg** (2020) | 1975 | 7,50 €
- **Krieg der Träume** (2019) | 1981 | 5 €
- **Der Krieg und ich** (2019) | 1980 | 7,50 €

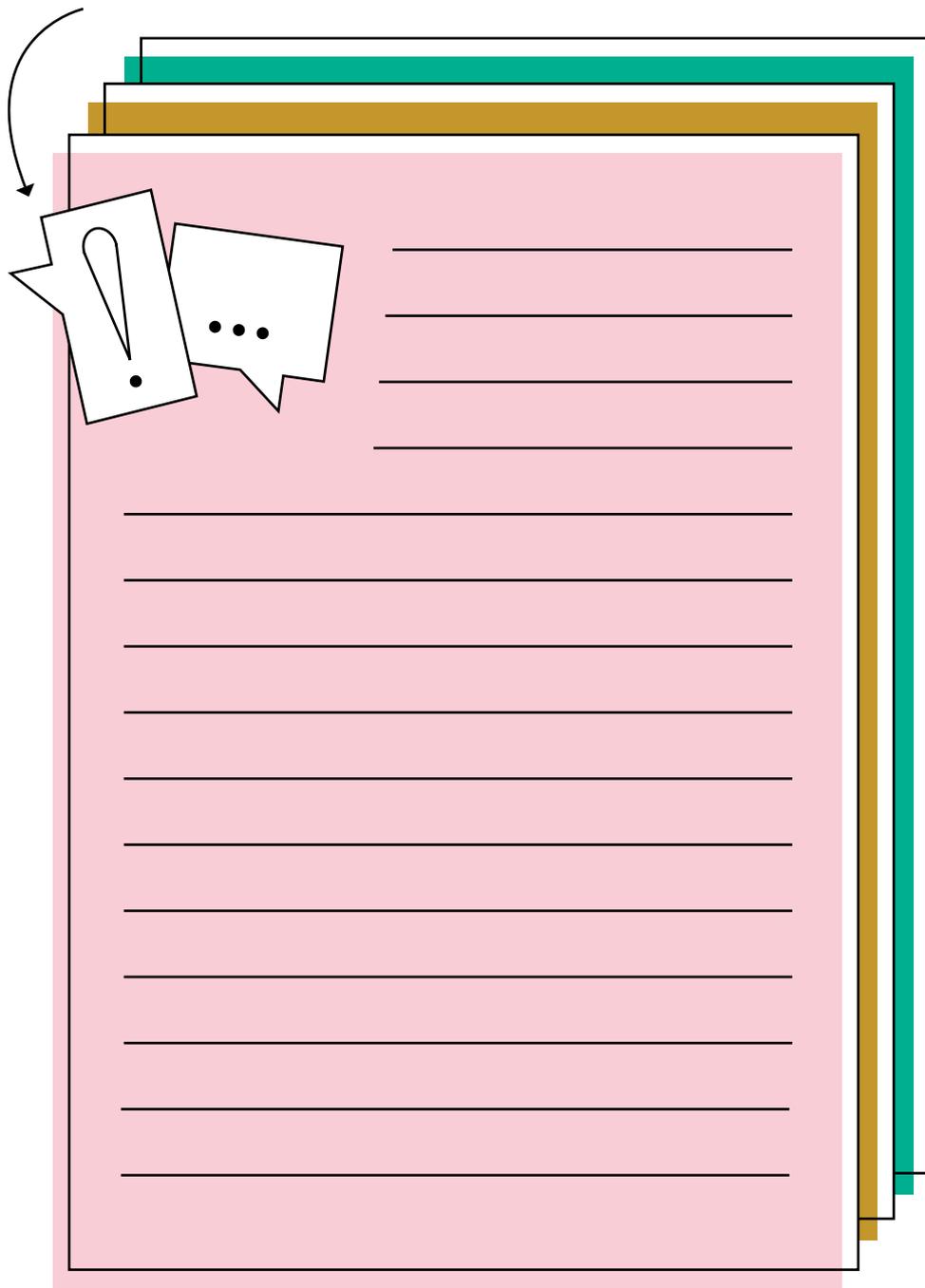
Timer – Notizkalender



Der informative Notizkalender bietet spannende Tagestexte und 53 Sprachen der Woche. Es bleibt genug Platz für Gedanken, To-do-Listen oder Termine.

- **Jedes Jahr neu – ab April vorbestellbar**
Mehr Infos unter: bpb.de/timer

Was wünschen Sie sich von der nächsten Regierung?



Sagen Sie es uns!

Einfach unseren Vordruck ausfüllen und abschicken – entweder ausgeschnitten im Briefumschlag mit dem Betreff »Gewinnspiel bpb:magazin 27« (Kontaktdaten siehe Impressum) oder als Foto per E-Mail an: magazin@bpb.de. Aus den Einsendungen verlosen wir unter allen Teilnehmenden ein Buchpaket. Einsendeschluss ist der 15. Juni 2025.



Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn
magazin@bpb.de
bpb.de

So erreichen Sie uns:

Tel. +49 (0)228 99515-0
Fax +49 (0)228 99515-113
info@bpb.de
facebook.com/bpb.de
x.com/bpb_de
instagram.com/bpb_de
<https://social.bund.de/@bpb>
bsky.app/profile/bpb.de

Präsident:

Thomas Krüger

Redaktionsleitung:

Daniel Kraft (V.i.S.d.P.), Miriam Vogel (verantwortlich)

Redaktionsteam:

Fabian Christmann, Katharina Reinhold,
Nicolas Rose, Nele Wlodosch

Vielen Dank allen Kolleginnen und Kollegen, die sich mit inhaltlicher und grafischer Beratung sowie Informationen eingebracht haben.

Lektorat:

Yvonne Paris, Bad Neuenahr

Gesamtgestaltung:

Leitwerk. Büro für Kommunikation
Gladbacher Straße 40, 50672 Köln

Druck:

Druckhaus Kaufmann GmbH
Raiffeisenstraße 29, 77933 Lahr

Vertrieb:

IBRo Versandservice GmbH
Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungshinweise:

zweimal jährlich, kostenloses Abo: magazin@bpb.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

12.03.2025

Der Umwelt zuliebe drucken wir dieses Magazin auf dem Recyclingpapier Recycsat (Umschlag) und Charisma silk (Inhalt). 100% Altpapier.

Gastbeiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder – sie sind aus der Perspektive der Verfasserin / des Verfassers geschrieben. Nachdruck, Aufnahme in Online-Dienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger wie CD-ROM, DVD-ROM etc. nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der bpb. Für unverlangte Einsendungen keine Gewähr. Irrtümer und Druckfehler vorbehalten.

Titelbild:

Jordis Antonia Schlösser / Agentur OSTKREUZ

Bildnachweis:

S. 6–10: Jordis Antonia Schlösser / Agentur OSTKREUZ; S. 20 und 22: Paul Langrock / laif; S. 21: Carolin Albers; S. 23: Martin Leissl / laif; S. 24: Fabian Weiss / laif; S. 25: Paul Langrock / Zenit / laif; S. 31 und 33: Ines Janas; S. 40–41: Hannes Jung / laif; Magazinrückseite: picture alliance / imageBROKER | Arnulf Hettrich

Illustrationen:

Leitwerk. Büro für Kommunikation

SEHEN, VERMITTELN, LERNEN

kinfenster.de

Das Filmbildungsportal der
Bundeszentrale für politische Bildung



Filmbildung für alle!

- Filmwissen vermitteln
- Medienkompetenz stärken
- Unterrichtsmaterial für die Praxis
- Impulse für die Schule und den außerschulischen Bereich



weiterlesen: [bpb.de](https://www.bpb.de)

>> Politisches Wissen im Internet: Dossiers, Videos, Podcasts, Infografiken, Apps und vieles mehr



Wirtschaftliche Herausforderungen in Deutschland
[bpb.de/wirtschaft-unter-druck](https://www.bpb.de/wirtschaft-unter-druck)